Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm. außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat Juni 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,40 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg (GmbH.), Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Mittwoch, den 4. Juni 1924** | **4. Jahrgang * Nr. 78**

Die Pogromhetze gegen die Kommunistische Partei

Neue Zeitungsverbote — Die Tscheka-Märchen sollen herhalten — Arbeiter, wehrt Euch gegen diesen Anschlag!

Berlin, 3. Juni.

In Sachsen hat der sozialdemokratische Innenminister Müller den Chemnitzer „Kämpfer" und das Dresdener kommunistische „Volksblatt" unter nichtigen Gründen „bis auf weiteres verboten.

Das Berliner „5-Uhr-Abendblatt" bringt auf der ersten Seite eine von der Berliner politischen Polizei inspirierte Notiz, wo in bezug auf die Potsdamer Verhaftungen gesagt wird:

„Die verbrecherischen Absichten der Kommunisten sind nach den bisherigen Untersuchungsergebnissen der Abteilung IA des Polizeipräsidiums wahrscheinlich viel weitergehende gewesen und haben nicht nur die gewaltsame Störung einer Denkmalsfeier zum Ziele gehabt. Man ist vielmehr auf Grund des bisher vorliegenden Materials zu der Ueberzeugung gekommen, daß man einer weitgehenden Verschwörung der Kommunisten auf der Spur ist, und daß die Absicht dahin ging, Attentate gegen mehrere Personen, so auch gegen den Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Noske, zu verüben."

So nebenbei wird dann gesagt, daß sämtliche in Potsdam Verhafteten entschieden bestreiten, einen Anschlag auf die Denkmalsfeier geplant zu haben, geschweige denn, daß sie irgend welche neuen Angaben gemacht hätten, die der IA zu ihren ungeheuerlichen Kombinationen, wie zu der Behauptung, daß „die kommunistischen Zentralinstanzen überaus stark belastet" seien, auch nur einen Vorwand geliefert hätte. Aber es wird eben dreuflos geschwindelt nach dem Muster des deutschnationalen Knabenmordes bei Mahlsdorf, den man offiziell sofort der KPD. zuschob und in welchem Falle die IA sich schließlich jämmerlich blamiert hat. Was den neu wiederholten Schwindel von dem „Attentat auf Noske" anbelangt, so hat das Direktorium der KPD. seinerzeit bereits das nötige gesagt, die Kommunistische Partei lehnt den Einzel-Terror ab, obwohl sie sehr gut verstehen kann, wenn ein erbitterter Arbeiter einen Noske zuleibe will und sich darüber nicht entrüstet.

Der „Lokal-Anzeiger" und der „Tag" bringen eigene Meldungen aus Breslau, nach denen dort die „Anwesenheit von Tscheka-Leuten festgestellt und der militärische Leiter der schlesischen Kommunisten verhaftet worden sei.

Es handelt sich hier um aufgelegten Schwindel. Ueberall werden Kommunisten verhaftet, nachdem von den Spitzelagenten Material gegen sie fabriziert worden ist.

*

Es geht wieder eine neue Schlammflut von Verleumdungen gegen die KPD. durch die Skandalpresse, die darauf hindeutet, daß man den Deutschnationalen die Mithilfe an der schärfsten Unterdrückung der Kommunistischen Partei zugesichert hat. Die Kommunistische Partei hat der Seeckt-Diktatur getrotzt, sie wird auch den „legal" zur Regierungsmacht zurückgekehrten Deutschnationalen gebührend zum Tanz aufspielen, wenn sie es wagen sollten.

Die Hetzmeldungen der Skandalpresse, wie die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die kommunistische Presse seien registriert, um **die abwehrbereite Arbeiterschaft rechtzeitig zu alarmieren, ihr zu zeigen, daß ein neues Parteiverbot vorbereitet werden soll.**

Welche Leute tragen denn das Material gegen die Kommunisten zusammen?

Da sind Typen wie Weiß, die, wenn sie deutschvölkische Mordpläne vor sich haben die Sachen so behandeln, „daß sich alles in Wohlgefallen" auflöst, die die Spitzel des Reichskommissars als Fälscher, verkommene Subjekte und Betrüger darstellen.

Die Arbeiterschaft hat dem Urteil der Spitzel des Reichskommissars über die IA und dem Urteil der IA-Spitzel über die Spitzel des Reichskommissars nichts hinzuzufügen.

Aber sie erhebt Protest dagegen, daß diese verkommene Gesellschaft Material für ein Verbot der KPD. zusammenträgt. Sie brandmarkt diese Machenschaften und rüstet zur Abwehr!

Die Stunde ist ernst! Bereits hat man angefangen, kommunistische Reichstagsabgeordnete für Wochen aus dem Reichstag auszuschließen.

Es gilt, überall, in allen Betrieben, in allen Versammlungen und Arbeiterorganisationen die proletarischen Massen zur Abwehr aufzurufen!

Hände weg von der Kommunistischen Partei!

Schutz der kommunistischen Presse!

Nieder mit dem kapitalistischen System und der Diktatur der deutschnationalen Arbeiterschlächter!

Vor einem Kampf in der Metallindustrie

Die rheinischen Metallindustriellen fordern Lohnabbau und zehnstündige Arbeitszeit — Maßregelungen im Bergbau

(Drahtmeldungen unseres Korrespondenten.)

Düsseldorf, 4. Juni.

Nachdem die Zechengewaltigen mit Unterstützung der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsbureaukraten die Bergarbeiter wieder in die Gruben- und Schachtanlagen getrieben haben, beginnen die Scharfmacher ihren Angriff auf die Metallindustrie. In der Rhein-Ruhr-Metallindustrie haben die Industriellen, nachdem sie bereits das Lohnabkommen beseitigt haben, ebenfalls das Arbeitszeitabkommen vom 23. September 1923 zum 1. Juli gekündigt. **Sie verlangen als normale Arbeitszeit ausschließlich der Pausen die 60-Stunden-Woche.** In den Verhandlungen hat der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Direktor Rade, erklärt: **„Die Industrie bleibt so lange stehen, bis die Arbeitszeitfrage geregelt und das Zweischichten-System eingeführt ist."**

Crefeld, 3. Juni.

Die zum Becker-Konzern gehörige Rheinfeldhütte, 1000 Mann Belegschaft, ist am Montag stillgelegt worden mit der Begründung, das Werk rentabel zu gestalten.

Hamborn, 3. Juni.

Auf Thyssenschacht 3 bis 7 sind gestern 60 Prozent der Arbeiter eingestellt. Die Firma erklärt, daß die übrigen erst allmählich wieder eingestellt werden könnten. Die Betriebsräte werden von der Direktion nicht mehr anerkannt.

Duisburg, 3. Juni.

Auf mehreren Zechen wurden **Maßregelungen** vorgenommen. Die Firmen erkennen die Betriebsräte nicht mehr an. Die ZAG. hat im Verein mit der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion die Unterstützung der Gemaßregelten übernommen.

*

Es rächt sich jetzt bitter, daß die Metallarbeiter die Warnungen der Kommunistischen Partei nicht genügend beachtet haben. Die Partei hat unaufhörlich darauf hingewiesen, daß in den Kampf der Bergarbeiter unbedingt auch die Metallarbeiter eingreifen müßten. Wenn je, so war es diesmal leicht vorauszusagen, daß eine Niederlage der Bergarbeiter sofort einen Angriff der Metallindustriellen auslösen würde, die nun ihrerseits zu demselben Ziele kommen wollen, wie das Grubenkapital. Das um so mehr, als durch die Konzentrationsbewegung die Einheitsfront der Montan- und Metallindustriellen derart verdichtet ist, daß es sich vielfach um dieselben Personen, meistens um dieselbe Konzernleitung handelt, die heute als Bergherren, morgen als Metallindustrielle verhandeln. Die Metallarbeiter haben nicht nur eine günstige Gelegenheit verpaßt als sie nicht in den Kampf eingriffen, sondern sie haben, wie jetzt klar wird, ihre eigene Position verschlechtert.

Darum müssen sofort in allen deutschen Industriebezirken für die Vorbereitung der kommenden Kämpfe die nötigen Lehren gezogen werden. Die Kommunistische Partei wird alles daransetzen, um die Organisation der proletarischen Kampffront den neuesten Erfahrungen anzupassen. Das Proletariat muß sich unbedingt von der überlebten, veralteten Taktik der gewerkschaftlichen Schreibtischstrategie freimachen.

Die Front in Oelsnitz-Lugau steht fest!

Gegen den Verrat an der Ruhr!

(Eig. Drahtm.) **Oelsnitz, 3. Juni.**

Am Montag, dem 2. Juni, entstand unter den ausgesperrten Bergarbeitern in Oelsnitz i. E. große Erregung, weil sie die beschlossenen Unterstützungen nicht erhielten. Unter dem Druck der Massen wurde bei Amtshauptmannschaft und Regierung Abhilfe eingeleitet.

In einer anschließenden, von der Union der Hand- und Kopfarbeiter einberufenen Bergarbeiterversammlung in der großen Turnhalle der Zentralschule in Oelsnitz i. E. referierte Genosse Schüssel (Union) über den Stand der Bewegung und die gegenwärtige Situation. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 2. Juni in der Turnhalle von über 1000 Bergarbeitern besuchte Versammlung ist gewillt, im Kampfe auszuharren, bis die Siebenstundenschicht und eine 10prozentige Lohnerhöhung erreicht ist. Die Versammlung bedauert aufs tiefste, daß die Organisationsleitung des Bergarbeiterverbandes in Bochum die Annahme des Schiedsspruches empfohlen hat und dadurch den sächsischen kämpfenden Kameraden in den Rücken gefallen ist. Der Schiedsspruch muß abgelehnt werden. Die hiesige Bergarbeiterschaft ist trotz des Schandkreisches der Christen und Gewerkschaftsbureaukraten in Rheinland-Westfalen entschlossen, sich mit allen Mitteln für die geschlossenen Weiterführung des Kampfes einzusetzen. Unsere Front steht nach wie vor unerschüttert.

Die Haltung der sächsischen und auch der uneinwegt weiterkämpfenden oberschlesischen Kumpels beweist, daß das revolutionäre Proletariat wenn es die Verräter und Saboteure zum Teufel jagt, stark genug ist, schwerste Kämpfe selbständig auszufechten.

Die Ruhrbergarbeiter nehmen die Arbeit auf — Die Unternehmer stoßen gegen die Metallarbeiter vor

Die Bergarbeiter des Ruhrgebietes haben zum größten Teil die Arbeit wieder aufgenommen. Den vereinigten Bemühungen der Unternehmer, der Reichs- und Staatsbehörden, der Polizei, des französischen und belgischen Militärs, der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Gewerkschaftsbureaukratie, der Christen, Polen und Hirsche ist es gelungen, den Widerstand der Bergarbeiter zu brechen. Zwar haben die Bergarbeiter einige Lohnerhöhung erreicht, aber in der Hauptfrage haben die Unternehmer sich durchgesetzt. Nach wie vor dauert die Arbeitszeit unter Tage 8 Stunden. Ueber Tage gilt eine Arbeitszeit bis zu 74 Stunden in der Woche.

Den Bergarbeitern ist es trotz dem grandiosen Anfang des Kampfes nicht gelungen, die Siebenstundenschicht zurückzuerobern. Die Arbeiterschaft Deutschlands hat eine ausgezeichnete Gelegenheit zu einem siegreichen Vorstoß gegen die Unternehmerschaft vorübergehen lassen.

Die Hauptschuld daran, daß der Verrat der Sozialdemokraten und Christen Erfolg haben konnte, trägt die Passivität der übrigen deutschen Arbeiterschaft. Die Unternehmer haben alle ihre Mittel zusammengenommen, haben alle ihre Kräfte konzentriert, sie haben das Reich und die Staaten in Bewegung gesetzt, um zu einem Siege zu kommen. Die Bergarbeiter sind im großen und ganzen von der übrigen Arbeiterschaft im Stich gelassen worden. Wohl wurde für sie gesammelt, wohl wurden Gelder und Lebensmittel in die Kampfgebiete geschickt, aber das war nicht die Hilfe, die die Bergarbeiter brauchten, um zum Siege zu kommen.

Die Kommunistische Partei hatte vom Anfang des Kampfes an erklärt, daß Voraussetzung für den Sieg der Bergarbeiter die aktive Teilnahme der übrigen Arbeiterschaft Deutschlands, vor allem der Eisenbahner und der Metallarbeiter, am Kampf war. Diese Teile des Proletariats haben aber in den Kampf nicht eingegriffen. Sie warteten ab, sie ließen die Bergarbeiter isoliert.

Das schwächte die Kampfwucht der Bergarbeiter, das verkleinerte ihre Ausdauer.

*

Der Kampf der Ruhrbergarbeiter ist unterbrochen, nicht beendet. In Oberschlesien und in Sachsen geht er weiter. Wer das Verhalten der Bergarbeiter in den letzten Jahren verfolgt hat, der weiß, daß der Kampf um die Siebenstundenschicht sehr bald wieder mit voller Kraft überall aufgenommen werden wird. Die Parole: Heraus nach 7 Stunden! wird sehr bald wieder die Massen der Bergarbeiter in Bewegung setzen. Die Unternehmer werden sich nicht lange ihres Sieges freuen.

*

Wie notwendig das Eingreifen der übrigen Arbeitergruppen in den Kampf der Bergarbeiter war, zeigen die neuesten Meldungen aus dem Ruhrgebiet. Die Unternehmer stoßen nach ihrem Sieg über die Bergarbeiter gegen die Metallarbeiter vor. Die Arbeitszeit der Metall- und Hüttenarbeiter soll noch weiter verlängert, ihre Arbeitsbedingungen sollen verschlechtert, der Einfluß der Gewerkschaften soll restlos beseitigt werden.

Die Metallarbeiter werden den Kampf dagegen aufnehmen. Der Kampf hätte unvergleichlich größere Aussicht auf Erfolg, wenn er gemeinsam mit den Bergarbeitern geführt worden wäre.

Aus dem Kampf der Bergarbeiter muß die übrige Arbeiterschaft ersehen, daß sie sich nicht in Gruppen isolieren darf, die getrennt geschlagen werden. **Die Metallarbeiter müssen in ihrem Kampf die Unterstützung erhalten, die die Bergarbeiter nicht erhalten haben.**

*

Wir werden noch ausführlich über die Lehren aus diesem Kampf schreiben. Vor allem müssen die Arbeiter eines aus ihm lernen: **Der geschlossenen Macht der Unternehmerschaft muß die geschlossene Arbeiterschaft entgegengestellt werden! Der Einfluß der Sozialdemokraten und Christen muß ausgetilgt werden. Wirksamere Kampfmittel als bisher müssen vorbereitet und in den Kämpfen angewandt werden.**

Die Bergarbeiter fühlen sich nicht als Besiegte. Sie sind in die Betriebe zurückgegangen, weil sie sich allein gelassen sahen von der übrigen deutschen Arbeiterschaft.

Mobilisieren wir aus vollen Kräften, damit bald der geschlossene Kampf der Arbeiterschaft um die Siebenstundenschicht und den Achtstundentag, um die Macht aufgenommen werden kann! Die Unternehmer holen zu neuen Schlägen aus! Die Gegenschläge müssen wirksamer sein als beim Kampf der Bergarbeiter.

Die Wurmkumpels fahren nach 7 Stunden aus

(Eig. Drahtm.) **Aachen, 4. Juni.**

Die Belegschaften der Gruben des Eschweiler Reviers sind gestern nachmittag fast vollständig nach siebenstündiger Arbeitszeit ausgefahren. Nur einige christliche Arbeiter haben länger geschuftet. Die Belegschaften sind darauf ausgesperrt. Auf den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240604-12/fragment/page=0001

[illegible] und [illegible] sind die Belegschaften ebenfalls nach 7 Stunden ausgefahren. Die arbeitsgemeinschaftlichen Bureaukraten unter Führung des Zentrumsabgeordneten Hasch wollen die Belegschaften vom Kampfe abhalten.

Generalaussperrung in der schlesischen Metallindustrie!

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 3. Juni.

Der Verband schlesischer Metallindustriellen kündigt die Generalaussperrung der Metallarbeiter spätestens für die Woche nach Pfingsten an, falls bis dahin der Streik und die Aussperrung in den kleineren Metallbetrieben nicht beendet sind. Von dieser Drohung sind etwa 10 000 Metallarbeiter betroffen.

Massenentlassungen überall!

(Eig. Drahtb.) **Cassel**, 3. Juni.

Die staatlichen Werrastauwerke haben wegen angeblichen Geldmangels 250 Arbeiter entlassen. Der Rest soll bei verminderten Löhnen und verlängerter Arbeitszeit weiter beschäftigt werden.

Wittenberg, 4. Juni.

Wie uns gemeldet wird, werden auf der Grube „Roberts Hoffnung" 150 Mann entlassen. Als Grund wird Absatzmangel angegeben. Für die übrige Belegschaft sind Feierschichten eingelegt worden.

Berlin, 3. Juni.

In den Deutschen Werken in Spandau sind 200 Angestellte zum 1. Juli gekündigt, ferner sollen 1200 Arbeiter entlassen werden. Als Grund dieser Maßnahme wird die wachsende Kreditnot und gesteigerte Absatzschwierigkeit angegeben. Vor allen Dingen soll das Hüttenwerk und Stahlwerk stillgelegt werden. Sollte bis zum 1. Juli die Kreditnot nicht beseitigt werden, so müßten noch weitere Einschränkungen der Staatsbetriebe in Spandau vorgenommen werden.

Die Durchführung dieser Produktionsstillegungen von Staatsbetrieben zeigt, daß auch der Staat zu denselben Mitteln wie die kapitalistischen Unternehmer greifen.

Leipzig, 3. Juni.

Die Schuhfabrik Kestenbaum & Schwat hat ihren Betrieb, angeblich wegen Geldmangels geschlossen. Die Gesamtbelegschaft ist entlassen. Auch aus anderen Betrieben Leipzigs gehen Meldungen über Betriebseinschränkungen, Kurzarbeit und Entlassungen ein.

Streik in den Berliner Brauereien

Berlin, 3. Juni.

Nachdem die Verhandlungen in der Brauindustrie gescheitert sind, ist am Dienstag früh in einer Anzahl Berliner Brauereien ein Teil der Arbeiter in den Streik getreten. Die Arbeiter verlangen eine Erhöhung der Wochenlöhne um 33⅓ Prozent. Die Schultheiß-Brauerei, Patzenhofer-, Landré- und Breithaupt-Brauereien stehen restlos im Streik. Die Bewegung wird sich in den nächsten Tagen auch auf die übrigen Brauereibetriebe ausdehnen.

Der Porzellanarbeiterkampf in Thüringen

(Eig. Ber.) **Jena**, 2. Juni.

In Rudolstadt (Thür.) stehen seit Wochen die Porzellanarbeiter im Kampfe. Die JAH., die in letzter Zeit eine Küche zur Speisung der Streikenden eingerichtet hat, wird von den dortigen Kleinkaufleuten unterstützt. In einem Aufruf wird eine gemeinsame Kampfleitung der Rudolstädter und Arnstädter Streikenden gefordert.

Die Amsterdamer gegen die JAH.

Gera, 2. Juni.

Der Verwaltungsausschuß des ADGB.-Bezirksausschusses Bezirk Thüringen beschäftigte sich in einer Sitzung ausschließlich mit der Unterstützungsaktion der JAH. für die streikenden Thüringer Arbeiter. In einer Resolution versuchen sie die JAH. den Polizeibehörden zu denunzieren, ebenso wie es der Arbeitgeber-Verband in Rudolstadt ihnen vorgemacht hat. Sie erklären, daß die JAH. ein Propagandainstitut der KPD. im Kampf gegen die Gewerkschaften sei. Dies nennt sich „Unterstützung der streikenden Arbeiter" durch die Amsterdamer Gewerkschaftsbureaukraten.

Teilstreik der englischen Bergarbeiter

(Eig. Ber.) **London**, 2. Juni.

Die Konferenz der englischen Bergarbeiter entschied sich gegen **eine sehr große Minderheit (mit 473 000 gegen 311 000 Stimmen)** für Annahme des Schiedsspruches.

Man bewilligte zur Unterstützung der deutschen Bergarbeiter 1000 Pfund.

In einzelnen Bezirken sind die Bergarbeiter trotzdem in den Streik getreten. In Normanthshire streiken z. B. 14 000 Bergarbeiter.

Das alte Kabinett Marx bleibt!

Seeckt als Drahtzieher hinter den Kulissen

(Eig. Drahtb.) **Berlin**, 4. Juni.

Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichskanzler Marx in diesem seinem Amt und auf Vorschlag des Reichskanzlers auch die bisherigen Reichsminister in ihren Aemtern neu bestätigt. Die Blätter rechnen damit, daß die Regierung heute nachmittag 1 Uhr eine Erklärung abgeben wird. Der Drahtzieher, der die Regierungsbildung gelenkt hat, das ist der General Seeckt.

General Seeckt ist der „große Unbekannte", der am Sonntag die zerrissenen Fäden zwischen den Deutschnationalen und dem Mittelblock angeknüpft hat. Der „Vorwärts", der es wissen muß, verrät es, daß über und mittels Fritz Ebert General Seeckt auf diese Weise in die Regierungsbildung eingegriffen hat.

Seeckt, der schon das erste Kabinett Marx aus der Taufe gehoben hat, geht mit dem zweiten einen Schritt weiter zur offenen großkapitalistischen Diktatur.

Die Tatsache des Eingreifens dieses großen Unbekannten enthüllt die parlamentarischen Intrigien als ein leeres Komödienspiel.

*

Das „alte" Kabinett Marx ist trotzdem nicht das alte. Daß sich die Deutschnationalen aus demagogischen Gründen nicht schon jetzt an einer Regierung der „Erfüllung" beteiligen, ändert nichts an der Tatsache, daß sie die ausschlaggebende Macht des Bürgerblocks sind. Sie überlassen es dem Mittelblock mitsamt der Sozialdemokratie, die Erfüllungsgesetze zu machen. Das Rezept der Diktatur gegen den „inneren Feind", da Frankreich einmal nicht „siegreich geschlagen" werden kann, liefern und diktieren sie! Arbeiter, aufgepaßt!

Ernst Friedrich verhaftet. Der harmlose Edelanarchist und Antibolschewist Ernst Friedrich ist wegen Beleidigung der Republik verhaftet worden.

Der völkische Mordanschlag auf v. Seeckt

Anklagereden der Staatsanwälte — Der Spitzelsumpf

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Berlin, 3. Juni.

Oberregierungsrat Mühleisen wurde über die Bezüge des Oberspitzels Gilbert befragt. Gilbert erhielt aus Reichsmitteln für seine dunkle Tätigkeit in der Angelegenheit dieser Mordverabredung im Januar 250 Goldmark. Zu dieser Summe kamen aber noch viel bedeutendere Summen aus den Kreisen der großen Bourgeoisie. Mühleisen schildert, daß Gilberts „Nachrichtenbureau" von gewissen **Leuten der Großindustrie finanziert wurde**. Für den Reichskommissar habe Gilbert in „Waffensachen" Nachforschungen angestellt. Auf Befragen des Rechtsanwalts Sack muß Mühleisen zugeben, daß Gilbert zwar nicht im Zusammenhang mit der Aufdeckung des geplanten Attentat auf Seeckt, aber für andere Dienstleistungen (Spitzeleien) Reichsgelder erhalten hat. Auch muß Mühleisen einräumen, daß Gilbert dem Reichskommissariat

Rote Hilfe-Woche vom 15. bis 22. Juni

7000 Genossen schmachten hinter Kerkermauern! Sie rufen Euch zu: „Wir kämpften für Euch, wir leiden für Euch, vergeßt uns nicht". „Rote Hilfe" tut not! Sammelt für uns! Opfert für uns!

„politische Stimmungsbilder" geliefert hat, in denen auch Seeckt genannt wurde.

Es begann nun ein heftiger Kampf zwischen der Anklagebehörde und den Verteidigern.

Da sich die „nationalen" Edelarier gegenseitig als Mordbuben und Verbrecher verdächtigen, wird das Gericht mit der Frage über die Glaubwürdigkeit und Vereidigung eine Vorentscheidung von entscheidender Bedeutung für den Ausgang des Verfahrnes fällen. Die Ausführungen der Staatsanwälte und der Verteidiger zu dieser Frage werden daher so ausführlich sein, daß sie das eigentliche Plaidoyer führen.

Generalstaatsanwalt Lindow führte aus: Bei den Schilderungen der Angeklagten und den Zeugenaussagen über ihre Pläne und ihre Handlungen muß jeden Menschen mit Rechtsgefühl ein Grauen überkommen. In dem heutigen Deutschland ist es wie in der Zeit nach dem 30jährigen Kriege,

als die entlassenen Söldner der aufgelösten Heere marodierend (plündernd) durchs Land zogen.

Mordtaten werden in der jetzigen Zeit nicht nur verabredet, sondern in erschreckender Häufigkeit ausgeführt. Dieser Mordanschlag gegen Seeckt wurde im Reichstag verabredet. Im Parlamentsgebäude hat die Verabredung begonnen. Gewöhnliche Staatsbürger haben Schwierigkeit, das Parlamentsgebäude zu betreten, aber

Herr Thormann findet sofort jemanden, der mit ihm sofort über seine Mordtat verhandelt.

Thormann war Mitglied der Organisation Konsul und der Brigade Ehrhardt. Thormann wollte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, den unbeliebten General von Seeckt beseitigen und die Deutschvölkische Freiheitspartei, die in bezug auf Mordpläne einen üblen Ruf hat, von neuem kompromittieren. Tettenborn dagegen wollte die Deutschvölkische Partei entlasten. Thormanns Erzählungen gleichen einem schlechten Film. Es ist recht unglaubwürdig, daß ein ernster Geschäftsmann und ein Industrieller, wie Dr. Grandel, sich einen Vertreter wie Thormann sucht, der sich mit Mordplänen trägt und angeblich aus reiner Neugierde seine Finger in diese gefährlichen politischen Angelegenheiten steckte.

Es sei bedauerlich, daß zwei staatliche Behörden, wie Reichskommissariat für öffentliche Ordnung und Polizeipräsidium so verschiedene Ansichten in einer Angelegenheit vertreten haben. Es sei nicht festgestellt, daß Oberregierungsrat Mühleisen sich der Mittäterschaft verdächtig gemacht hat. Den Zeugen Gilbert gebe er preis, er stände auch nicht in der Anklageschrift. Er sei aber der Meinung, daß Oberregierungsrat Mühleisen und Köpple vereidigt werden können.

Besondere Schwierigkeiten bereitete dem Generalstaatsanwalt die Frage, ob der Führer der Alldeutschen, Justizrat Claß, vereidigt werden kann, oder ob gegen ihn der Verdacht der Mittäterschaft besteht. Das erste Geständnis Dr. Grandels belaste Justizrat Claß in der schwersten Weise. Kurz vor dem Attentat waren Grandel und Claß zusammengewesen. Nach der Festnahme Grandels wendet sich die Frau des Angeklagten und sein Verteidiger an Justizrat Claß. Eine Haussuchung bei Claß förderte eine überaus kompromittierende Korrespondenz zutage. Die Aussage des Generals von Seeckt vor Gericht habe Herrn Claß eine schwere persönliche und politische Niederlage bereitet. Nach den Worten des Generals von Seeckt stehe fest daß ihn Justizrat Claß zum Treu- und Verfassungsbruch verleiten wollte. In dem aufgefundenen Brief vom 7. Januar ist betont worden, daß man den „legalen Seeckt, den Schildhalter Eberts" beseitigen müsse. In den bei Claß beschlagnahmten Briefen findet sich die überaus belastende Stelle, daß Seeckt sich selbst sein Urteil gesprochen habe, eine Redewendung, die auch in den Papieren, die aus Anlaß der durchgeführten Mordverschwörungen gegen Erzberger und Rathenau beschlagnahmt worden waren, gefunden wurde. „Justizrat Claß" so schloß der Generalstaatsanwalt, „ist von allem Verdacht der Mittäterschaft nicht gereinigt, und ich beantrage, ihn nicht zu vereidigen.

Die neue württembergische Regierung

(Eig. Drahtm.) **Stuttgart**, 3. Juni.

Der neue Staatspräsident Bazille, gegen den vor einiger Zeit ein Verfahren wegen Steuersachen schwebte, hat sich außerdem zum Unterrichts-, Arbeits- und Ernährungsminister gemacht. Finanzminister wurde Dr. Dehlinger, das Innenministerium übernahm Bolze vom Zentrum, die Justiz der bisherige Justizminister Beyerle.

In der Regierungserklärung forderte Bazille das Urteil eines unabhängigen Gerichtshofes über die Kriegsschuldfrage und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes.

*

Der unabhängige Gerichtshof, den der württembergische Staatspräsident fordert, wird das internationale Proletariat sein, das nicht die Frage beantworten wird, welche Nation, welches Volk den Krieg verschuldet hat, sondern das sich die Kriegshetzer und -Treiber in allen Ländern vorknöpfen wird. Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes ist bei den heutigen Machtverhältnissen ein Unsinn, da ja die herrschende Klasse das Selbstbestimmungsrecht selbst mit Füßen getreten hat. Erst die revolutionäre Arbeiterschaft wird das Selbstbestimmungsrecht der Nation nach der Machtergreifung durchführen können.

Zusammentritt des Bayrischen Landtages

(Eig. Drahtm.) **München**, 4. Juni.

Gestern nachmittag hielt der Landtag seine erste Sitzung ab, in der der Präsident des früheren Landtages, Königbauer, mit 95 von 125 abgegebenen Stimmen wieder zum Landtagspräsidenten gewählt wurde. Zum 1. Vizepräsidenten wurde der Deutschvölkische Dörfler in der Stichwahl mit 48 Stimmen gegen den Sozialdemokraten Auer gewählt, der 44 Stimmen erhielt. Zweiter Vizepräsident wurde der Deutschnationale Prieger, der von den Deutschvölkischen vorgeschlagen wurde.

Im Bayrischen Landtage durfte natürlich eine Rede über die Kriegsschuldfrage nicht fehlen. Unsere Fraktion zeigte durch kräftige Zwischenrufe, wo die wahren Kriegsverbrecher sitzen.

In der Regierungsfrage ist noch keine Einigung erzielt. Der Kuhhandel hinter den Kulissen geht lustig weiter. Die Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien galten einem Koalitionsprogramm, über das man sich aber bis heute nicht einigen konnte.

Der Mordanschlag auf Seipel

(Eig. Drahtber.) **Wien**, 3. Juni.

Der österreichische Bundeskanzler Seipel scheint außer Lebensgefahr zu sein. Auf dem Amsterdamer Gewerkschaftskongreß erklärte namens der österreichischen Sozialdemokratie Paul Bauer: „In der österreichischen Republik, in der wir heute leben, haben alle Kräfte der Arbeiterklasse die Freiheit (!), für ihre Rechte zu kämpfen. Deshalb ist der politische Mord ungerechtfertigt."

Das Spitzelmaterial zum Verbot der KPD. im Reichstag

Genosse Remmele von zwanzig Sitzungen ausgeschlossen
Drei Kommunistische Abgeordnete bleiben weiter in Haft

(Von unserem Reichstagsberichterstatter.)

Berlin, 3. Juni.

Die Dienstag-Sitzung des Reichstags war eine Generalprobe für die Kommunistenhetze. In dem Augenblick, da in Moabit die Zierden der Nationalen sich als das übelste Lumpengesindel gegenseitig demaskieren, will man im Reichstag mit Erzeugnissen aus diesen Spitzelarsenalen gegen die Kommunisten losziehen. Die Pogromstimmung gegen die Kommunisten soll erhöht werden, um die Atmosphäre für das Parteiverbot vorzubereiten. Der Ausschluß des Genossen Remmele zeigt der Arbeiterschaft wieder einmal, was sie von diesem Reichstag und dem bürgerlichen Parlament überhaupt zu erwarten hat.

*

Der Geschäftsordnungs-Ausschuß des Reichstags hat den kommunistischen Antrag auf Freilassung der kommunistischen Abgeordneten Pfeiffer und Lindau abgelehnt. Ueber Genossen Schlecht soll erst entschieden werden wenn festgestellt wird, ob er Mitglied der Zentrale der KPD. ist.

In der Plenarsitzung berichtet Löbe (VSPD.) über die Ausschußverhandlungen. Die Leipziger Reichsanwaltschaft fordere unbedingt die Haft der kommunistischen Abgeordneten. Als „Begründungmaterial" werden dann alles Spitzelberichte über die KPD. zusammengetragen. Die Verhafteten seien Mitglieder der Zentrale der KPD. die den bewaffneten Aufstand vorbereite. Die wiederholten Waffenfunde zeigen, daß die KPD. über Waffen und Munition verfügt. In mehreren Garnisonen haben Reichswehrsoldaten auf Anstiftung der KPD. Munition und Waffen gestohlen und an die KPD. verkauft. Dann muß der „Potsdamer Attentatsplan" herhalten, dann verschiedene beschlagnahmte „Anweisungen", Tscheka-Geschichten, ein Plan zur Ermordung Seeckts, kommunistische „Fememorde" und Mordpläne.

Auf diese Räuberromantik und blödeste Spitzelmache antwortet Genosse **Koenen**. Die hier angeführten Dokumente seien üble Spitzelberichte. (**Den Wert solcher Spitzelberichte kann man im jetzigen Prozeß gegen die völkischen Seeckt-Attentäter gut studieren!) Die Kommunisten verwerfen den individuellen Terror.**

In der Kommunistenverfolgung seien sich französische und deutsche Bourgeoisie vollkommen einig. Auch Poincaré hat versucht, auf Grund solcher Spitzelmachen die Immunität kommunistischer Abgeordneter aufzuheben und einen großzügigen Kommunistenprozeß aufzuziehen. Die Mache ist elend zusammengebrochen, ebenso wie seinerzeit die Mache nach der Märzaktion in Deutschland, die mit ähnlichen Fälschungen durchgeführt werden sollte.

Während der Rede Koenens kommt es zu einem Zwischenfall, der, vom monarchistischen Vorsitzenden provoziert, ihm die Gelegenheit bieten soll, seine Tüchtigkeit gegen die Kommunisten zu beweisen. Die Wahrheiten, die ihm von den Kommunisten gesagt werden, sind unangenehm, deshalb meint er die Lage zu retten.

Remmele steht neben seinem Platz. Der Präsident fordert ihn auf, sich auf seinen Platz zu begeben.

Remmele schlägt auf den Tisch, ruft: „Hier ist mein Platz!" (Lärm, wüste Zurufe von rechts. Viele Abgeordnete springen auf. Mehrere Völkische stellen sich an die Treppe zum Berichterstattertisch. Rufe: „Unerhört, Provokation".)

Der Präsident ruft den Abgeordneten Remmele zur Ordnung. Remmele ruft nochmals: „Unerhört!" Zweiter Ordnungsruf. (Lärm auf beiden Seiten des Hauses. Die Völkischen sind alle aufgestanden.)

Wallraf: Abgeordneter Remmele, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie wiederholt die Ordnung gestört haben. Ich mache Sie auf die Folgen aufmerksam. (Zuruf: „Sie haben gestört.") Wallraf: „Abgeordneter Remmele, ich schließe Sie von der Sitzung aus und vertage die Sitzung auf fünf Minuten." Koenen am Rednerpult: **„Hoch lebe die Kommunistische Partei!"** Die Kommunisten stimmen ein. Remmele bleibt im Saal. Von irgendwoher fliegt ein Buch.

Nach fünf Minuten eröffnet der Präsident die Sitzung wieder, erklärt: „Ich sehe den Abgeordneten Remmele noch im Saal, ich schließe den Abgeordneten Remmele von zwanzig Sitzungen aus und berufe den Aeltestenrat zusammen. Die Sitzung ist vertagt." (Abgeordneter Thälmann ruft dem Präsidenten zu: „Sie müssen ausgeschlossen werden.")

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240604-12/fragment/page=0002

Schlußsitzung des russischen Parteikongresses

Die wirtschaftliche Lage der Sowjetunion

(Eig. Drahtm.) Moskau, 29. Mai.

In der Nachmittagssitzung referierte Kamenjew über den Innenhandel und das Genossenschaftswesen. Die Ursache der Herbstkrise war das Mißverhältnis zwischen dem Entwicklungstempo der nationalisierten Industrie und der Bauernwirtschaft, nicht aber der Mangel an Planmäßigkeit, wie die Opposition meint. Solche Krisen sind auch in der Zukunft möglich. Unsere Hauptaufgabe ist, die Form dieser Krisen zu mildern. Die Großindustrie muß in ihrer Entwicklung an die Kaufkraft des bäuerlichen Marktes angepaßt werden, um so den Industrieartikeln einen Massenabsatz zu sichern.

Entgegen den Hoffnungen unserer Feinde war es uns möglich, die Finanzreform durch Verringerung des Budgetdefizits und durch Verhinderung spekulativer Preissprünge zu verwirklichen. Unsere Geldzirkulation hat sich in fünf Monaten verdoppelt, was der beste Beweis für unseren wirtschaftlichen Aufschwung, für den größeren Warenumsatz ist. Das gegenwärtige Budget von zwei Milliarden befriedigt nicht alle Bedürfnisse, aber die Sparmaßnahmen sind notwendig. Die Sowjetmacht wird nicht zur Inflationspolitik zurückgreifen.

Plötzliche innerpolitische Wendungen sind in der Sowjetunion unmöglich. Die kapitalistischen Staaten dagegen können von sich nicht dasselbe behaupten. Die Sowjetmacht muß auch auf dem Gebiete des Handels den Kommandoposten, den sie in der Form des Außenhandelsmonopols, der nationalisierten Industrie und ihre vorherrschende Stellung auf dem inneren Markte besitzt, weiter behaupten. Der Privathandel wird vom Sowjetstaat nicht enteignet, aber es wird ihm das Genossenschaftswesen und der staatliche Handel entgegengestellt. Die Rätemacht führt die Sowjetunion zu einem allgemeinen Aufblühen des Wirtschaftswesens.

Ueber den Stand des Innenhandels und der Konsumgenossenschaften berichtete Genosse Kamenjew noch folgendes: Nach Ueberwindung der Herbstkrise 1923 hat sich der Warenumsatz bedeutend verstärkt, was der Finanzreform zuzuschreiben ist. Die Gesamtsumme des umlaufenden Geldes betrug im Januar 1923 117 Millionen Goldrubel und beträgt jetzt 440 Millionen. Die Finanzreform wurde erfolgreich durchgeführt. Es sind aber neue Schwierigkeiten möglich, die aber durch weitere Herabsetzung der Preise der Industrieartikel und durch energische Sparmaßnahmen auf allen Gebieten der Staatsausgaben überwunden werden können. Die Hauptaufgabe der Sowjetmacht auf dem Gebiete des inneren Handels ist eine weitgehende Unterstützung der Konsumgenossenschaften, eine staatliche Marktregulierung und die Versorgung der Bauernschaft mit billigen Waren. Nur durch diese Maßnahmen wird das staatliche und konsumgenossenschaftliche Kapital den Kleinhandel und das Privatkapital erfolgreich bekämpfen können.

(Drahtbericht der Imprekorr.) Moskau, 1. Juni.

Der sechste Parteikongreß beginnt mit einem Referat Rjasanows über das Marx-Engels-Institut. Es wird beschlossen, im Einvernehmen mit der Komintern die Werke Marx und Engels in allen Sprachen herauszugeben.

Kamenjew referiert über das Lenin-Institut, worauf gleichfalls beschlossen wird, Lenins Werke in allen Sprachen herauszugeben. Nach den Referaten folgte eine Begrüßungsansprache der Delegationen aus den Moskauer Großbetrieben.

Die Kommissionen legten ihre Resolutionen vor, die angenommen wurden. Es wurde der Beschluß gefaßt, den nächsten Parteitag in Leningrad abzuhalten. Darauf wurde das Zentralkomitee aus fünfzig Mitgliedern gewählt. Im Schlußwort stellt Krassin fest, daß der Parteitag völlige Einheit und tiefes Verständnis für die zentralen Fragen zeigte — vor allem für die Bauernfrage.

Mit Hochrufen auf die Kommunistische Partei Rußlands schließt der Parteitag unter den Klängen der Internationale.

Der Kommunistenprozeß vor dem Mainzer Kriegsgericht

(WTB.) Mainz, 3. Juni. Vor dem französischen Kriegsgericht begann heute ein Massenprozeß gegen 57 Kommunisten, die der antimilitaristischen Propaganda im besetzten Gebiet, der Benutzung falscher Ausweispapiere und des Waffenbesitzes angeklagt sind. Unter ihnen befinden sich je ein Stadtverordneter von Wiesbaden und Mainz, eine große Anzahl Jugendlicher, darunter mehrere weibliche, eine Reihe Bergarbeiter, und einige französische Staatsangehörige, darunter ein Mohammedaner, drei Soldaten der Besatzung u. a.

Dieser Prozeß gegen Arbeiter, die sich gegen die Poincaré-Diktatur im Ruhrgebiet aussprachen, die französische Soldaten ihrer proletarischen Pflicht ermahnten, findet vor einem französischen Kriegsgericht unter den Auspizien der französischen Linksregierung, der französischen Sozialdemokratie, statt. Nach monatelangen, furchtbaren Mißhandlungen sollen diese Arbeiter „aburteilt" werden. Die französischen Kommunisten führen seit Monaten einen unermüdlichen Kampf um ihre Freilassung. Die Linksregierung denkt aber nicht daran. Herriot und Torres, sie sind sich einig in der Unterdrückung der Arbeiterschaft!

Die Forderungen der KP. Frankreichs

(Eig. Drahtber.) Paris, 2. Juni.

Die KPF. hat nach den Wahlen einen Aufruf an die Wähler des Arbeiter- und Bauernblocks erlassen. Sie wendet sich scharf gegen die neue Mehrheit im Parlament, die nur aus rückgratlosen Persönlichkeiten ohne politisch einheitlichen Programm bestände. Der Linksblock würde nur die Politik Poincarés fortsetzen. Leuchteur sei an die Stelle de Mendels getreten. Die Kommunistische Partei Frankreichs fordert das französische Proletariat auf, für folgende Parolen zu kämpfen:

Sofortiger Frieden mit Sowjet-Rußland!
Räumung der Ruhr!
Annullierung des Versailler Vertrages!
Ablehnung der Sachverständigenvorschläge!
Sozialisierung aller großen Konzerne!
Abschaffung des bestehenden Heeres und Ersetzung durch proletarische Miliz!

Blutige Strafexpedition in Karpatho-Rußland

(Eig. Drahtm.) Prag, 2. Juni.

Gegen die proletarische Gemeinde Gorodna wurde eine blutige Gendarmerieexpedition geführt. Den Vorwand dazu bildete ein Streit über den Gemeindewald. Fünf Bauern wurden getötet, sieben schwer, viele leicht verletzt.

Hilfe französischer Eisenbahner

(Eig. Drahtm.) Paris, 4. Juni.

Von der Föderation des Unitarischen Eisenbahnerverbandes Frankreichs sind der zentralen Kampfleitung zur Unterstützung der kämpfenden Ruhrbergarbeiter als erste Rate 1000 Franken zur Verfügung gestellt worden.

Der deutsch-russische Konflikt

(Eig. Drahtb.) Berlin, 3. Juni. Wie die Blätter von zuständiger Stelle erfahren, hat die Sowjet-Regierung in der Angelegenheit der russischen Handelsvertretung eine neue Note an die deutsche Regierung gerichtet, die durch einen Kurier überbracht werden wird. Sie soll dieselben Forderungen enthalten wie die erste Note.

Kommunistenprozeß in Polen

(WTB.) Warschau, 3. Juni. In Krakau hat gestern der Prozeß gegen die Teilnehmer an den Krakauer Novemberausschreitungen begonnen. Er wird voraussichtlich zwei Monate dauern. Die Zahl der Angeklagten beläuft sich auf 58.

Kommunistischer Wahlerfolg in Bulgarien

(Eig. Drahtb.) Sofia, 3. Juni.

Bei den Gemeindewahlen erhielten die Kommunisten 22 000, die Sozialdemokraten 14 000, der Regierungsblock 60 000 Stimmen. In Sofia selbst haben die Kommunisten 16, die Sozialdemokraten 5 Sitze.

Straßenkämpfe in Albanien

Die vom italienischen Imperialismus geförderten Aufstandsbewegungen in Albanien haben zu blutigen Straßenkämpfen geführt. Der englische und italienische Imperialismus scheint auf dem Balkan eng zusammenzuarbeiten. Italienische Truppen besetzigen Rhodus.

Die Eisenbahner vor neuen Kämpfen

H. S. Vor wenigen Wochen wurde den Eisenbahnern eine Lohnerhöhung gegeben. Die Erhöhung betrug 6 Pfg. pro Stunde. Die Eisenbahner, die an vielen Stellen des Reiches im Kampfe standen, hatten also einen mehr als jämmerlichen Erfolg. Der Erfolg wurde durch die damit verbundene Auslieferung des Achtstundentages durch die Eisenbahnerorganisationen zu einem Sieg der Eisenbahnverwaltung. Man überlegte: die Eisenbahner traten spontan in den Streik, weil sie mit den Hungerlöhnen nicht auskommen konnten. Alle Zeitungen schrieben von dem berechtigten Kampf der Eisenbahner. Es wurde darauf hingewiesen, daß alle Artikel um 15 bis 25 Prozent gestiegen seien. Die Organisationen nahmen den Kampf in die Hand, erzielten 6 Pfg. Lohnerhöhung und verankerten die Preisgabe des Achtstundentages im Tarif.

Der Deutsche Eisenbahnerverband erzählte seinen Mitgliedern von dem Erfolg und tobte gleichzeitig in schlimmster Form gegen die oppositionellen Kollegen. Die Opposition hatte versucht, den Kampf der Eisenbahner auszudehnen. Das paßte nicht in den Kram der Reformisten. Es war ihnen nicht um die Ausdehnung des Kampfes zu tun, sie wollten nur durch demagogische Mätchen den Mitgliederschwund zum Stoken bringen. Die Eisenbahner wurden gezwungen, den Kampf abzubrechen. Organisatorisch hatte der Deutsche Eisenbahnerverband keine Erfolge.

In letzter Zeit macht sich nun eine gewisse Unzufriedenheit der Eisenbahner bemerkbar. Die Teuerung steigt weiter. In den Bahnmeisterseien muß zehn Stunden ausschließlich der Pausen gearbeitet werden. Die Organisationen, die sich durch den Vertrag mit der Regierung fortgelegt haben, denken nicht daran, den Kampf für die Existenz und bessere Arbeitsbedingungen der Eisenbahner zu führen. Der Kampf ist aber zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden.

Den deutschen Eisenbahnern wird ein äußerst niedriger Lohn gezahlt. In England und Amerika erhalten die Eisenbahner doppelt so hohe Löhne wie vor dem Kriege. An der allgemeinen Preissteigerung gemessen ist das nicht zuviel. Im Gegenteil. Aber ihren Leidensgefährten in Deutschland zahlt man (die Ziffer ist sicher zu hoch gegriffen) 75 Prozent der Vorkriegslöhne, ohne die allgemeine Preissteigerung berücksichtigt zu haben. Die Sachverständigenkommission der Entente, die alles andere wie arbeiterfreundlich ist, sagt in ihrem Eisenbahngutachten:

„. . . 1919 waren 1 121 111 Beamte und Arbeiter angestellt; am Ende des Jahres 1921/22 betrug die Ziffer fast noch eine Million. Sie müssen besonders schlecht bezahlt worden sein, da das progressive Verhältnis der Lohnausgaben zu den Gesamtausgaben in den Haushaltjahren 1922/23 auf 29 v. H. bzw. 29 v. 100 herabgesetzt wurde. Eine gänzlich abnorme Zahl."

Gegen diese abnorm schlechte Entlohnung müssen die Eisenbahner sich wehren. Geduldige Lastiere kann der Staat gebrauchen und die zukünftige Aktiengesellschaft mit einem „guten Fachmann" an der Spitze noch besser. Die Rentabilität muß so gesteigert werden, daß eine Milliarde im Jahre außer der Verkehrssteuer an die Reparationskommission abgeliefert werden muß. Eine neue Sache das: die Arbeiterzahl wird verringert, die Arbeitszeit wird verlängert, der Lohn wird abgebaut. Die Reformisten werden selbstverständlich protestieren, aber sie predigen die Annahme des Sachverständigenutachtens. Sie gehen hier allerdings nur den Weg, den sie jahrelang gegangen sind. Sie protestieren, unterschreiben und gestatten dann auch wieder, unter scheinheiligen Protesten, die schamloseste Ausbeutung der Arbeiter.

Die Eisenbahner dürfen sich diese neuesten Schläge nicht gefallen lassen. Wohl ist der Achtstundentag mit Hilfe der Reformisten gerauht worden, wohl wird ein unerhört niedriger Lohn gezahlt, wohl soll der Abbau fortgesetzt werden, — die Sachverständigenschieber wollen es. Sie werden es aber nicht tun, wenn die Arbeiter und Beamtenschaft in einmütiger Front alle Schläge abwehren. In den Betrieben muß die Eisenbahnerschaft schnellstens auf die notwendigen Kämpfe eingestellt werden.

Die Beamtenschaft besonders wird um die letzten Reste ihrer bisherigen Rechte gebracht. Deshalb ist gerade sie verpflichtet, sofort die letzten künstlichen Schranken selber zu beseitigen. Arbeiter und Beamte müssen in den Betrieben zusammenkommen und die äußerst gefährliche Lage besprechen. Gerade die Eisenbahner sind verpflichtet, gegen die Prediner für die Annahme des Sachverständigenutachtens einen Sturm zu entfesseln.

Das starke Anwachsen der revolutionären Stimmen bei der Betriebsrätewahl zeigt daß die Eisenbahner Schluß machen wollen mit der bisherigen Wirtschaft. Die revolutionären Betriebsräte bahnen Vorreiter und Führer zu sein. Sie müssen den Kampf organisieren gegen das Sachverständigenutachten, gegen Personalabbau und Zehnstundentag, für Erhöhung der Löhne und für den Achtstundentag. Es ist keine Zeit zu verlieren.

Berliner Brief

Berlin, den 3. Juni 1924.

Heute wurde in der Berliner Stadtverordnetenversammlung der neue Bürgermeister Dr. Scholtz, ehemaliger Reichswirtschaftsminister, durch den Oberbürgermeister Boes eingeführt, der in seiner Begrüßungsansprache die „Verdienste" des Scholtz „würdigte". Nach Erledigung einer Reihe von Vorlagen fand eine geheime Sitzung statt, in der über den Abbau von Magistratsmitgliedern verhandelt wurde. Der kommunistische Stadtrat, Genosse Stolt, hatte den Stadtverordnetenvorsteher schriftlich darauf aufmerksam gemacht, daß der Abbau von gewählten Magistratsmitgliedern nach den Reichsbestimmungen rechtlich nicht zulässig sei. In der Debatte besaß der volksparteiliche Stadtverordnete Justizrat Hallensleben — derselbe, der von der Stadt Berlin für eine notarielle Unterschrift 324 000 Goldmark gefordert hat, mehr als das Jahresgehalt des Gesamtmagistrats einschließlich der Bezirksstadträte beträgt —, die ungeheure Frechheit, für den Abbau von Magistratsmitgliedern sprechen zu wollen. Die Obstruktion der Linken hatte den Erfolg, daß nach Herausforderung die Sitzung geschlossen werden mußte.

Bayrisches Christentum. Das „Evangelische Sonntagsblatt aus Bayern" schreibt in seiner Nummer 14:

„Der (nämlich der Franzose) versteht nur eine Sprache, und das ist die der Kanonen. Sobald wir wieder einmal damit mit ihm reden können, wird er wieder bescheidener werden." „Professor Quidde, der uns aus der Eisner-Zeit noch in übelster Erinnerung ist, wurde wegen verräterischer Umtriebe verhaftet. Recht so! Jedem das Seine! Den Landesverräter in das Zuchthaus oder an den Galgen."

An der Stirn trägt das Blatt den Bibelspruch: „Ehre sei Gott in der Höhe, Friede auf Erden, den Menschen ein Wohlgefallen!"

•

Und dieses Christentum ist als drittstärkste Partei in den Reichstag eingezogen. Die Kommunisten haben die Pflicht, diesem Christentum die Maske vom Gesicht zu reißen und die Anhänger, soweit sie Proletarier sind, ins Lager des Klassenkampfes zu führen, damit sie endlich ihren wahren Feind erkennen.

Aus der Partei

Parteibefehl

An alle Mitglieder und Funktionäre der Kommunistischen Partei ergeht der Befehl des unbedingten Schweigegebotes bei allen polizeilichen und gerichtlichen Vernehmungen, über alle Parteieinrichtungen und Anordnungen sowie über Parteigenossen. Solange die zur Vernehmung vorgeführten oder geladenen Genossen und Genossinnen sich nicht mit ihrem von der Partei gestellten Verteidiger beraten und nicht durch diesen ausdrücklich von der Parteizentrale die Genehmigung zur Aussage erhalten haben, müssen sie jede Aussage verweigern. Auch wenn ihnen von den Polizei- oder Gerichtsbehörden Aussagen anderer Genossen oder Dokumente der Partei vorgehalten werden, so haben sie dieses Schweigegebot unbedingt durchzuführen. Aussagen vor den Polizeiorganen sind grundsätzlich zu verweigern.

Mitglieder der Partei, die diesem Parteibefehl entgegen handeln, werden aus der Partei ausgeschlossen.

Berlin, den 26. Mai 1924. Zentrale der KPD.

In der letzten Zeit kommt es immer häufiger vor, daß Funktionäre und Mitglieder der KPD. und der Kommunistischen Jugend bei polizeilichen und gerichtlichen Vernehmungen, sei es als Beschuldigte oder als Zeugen, hemmungslos Aussagen zu Protokoll geben, die ihnen selbst und andere Genossen oder der Partei und ihren Institutionen zum größten Schaden gereichen. Offenbar wissen viele Genossen nicht, daß sie zur Verweigerung jeder Aussage durchaus berechtigt sind, weil durch Rechtsprechung der Gerichte, insbesondere des Staatsgerichtshofes, die Bestrebungen der kommunistischen Organisationen grundsätzlich als strafbar bezeichnet und die Angehörigen dieser Organisation wegen ihrer Zugehörigkeit und ihrer Betätigung strenger als die Angehörigen anderer Organisationen bestraft werden. Durch diese Ausnahmebehandlung hat jedes Mitglied einer kommunistischen Organisation das Recht, seine Aussage, sowohl über seine Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei, als über die ihm gestellten Fragen zu verweigern. Häufig lassen sich die Genossen vorzeitig dadurch zu folgenschweren Aussagen verleiten, daß sie sich einreden lassen, „ein anderer Genosse habe schon alles gesagt" oder „sie könnten auf schnellere Entlassung aus der Haft oder auf milde Bestrafung rechnen", wenn sie über ihre oder die Tätigkeit anderer Genossen oder über Beschuldigungen oder Vorgänge Auskunft geben würden. Nachdem sie dann auf diesen Köder hineingefallen sind, stellt sich meistens heraus, daß ihre den Behörden und den Gerichten gegenüber gemachten Angaben die einzigen von der Anklagebehörde zu verwertenden Ausführungen sind und daß somit die Parteigenossen **durch ihre Aussagen die Grundlage zu den gerichtlichen Anklagen und polizeilichen Verfolgungen geliefert haben.**

Die Partei stellt allen Genossen, die von der Polizei und von den Gerichten verfolgt werden, einen ausreichenden Rechtsschutz zur Verfügung und sie muß deshalb von allen ihren Mitgliedern, insbesondere von ihren Funktionären, verlangen, daß derartige Unvorsichtigkeiten und Gefährdungen der Partei und ihrer Angehörigen unter allen Umständen zu unterbleiben haben. Jeder Parteifunktionär und jedes Parteimitglied muß, auch wenn er völlig unbeteiligt an dem Untersuchungs- oder Anklagegegenstand ist, von dem Rechte der Aussageverweigerung Gebrauch machen. Es wird vielfach zwar den Angeklagten oder Befragten von den Behörden ausdrücklich gesagt, daß er in dem Fall, in dem er sich selbst einer strafbaren Handlung bezichtigt, die Aussage verweigern kann. Aber gerade dadurch, daß die Befragten auf einzelne Fragen Antwort geben, in anderen die Aussagen verweigern, wird es den Polizei- und Gerichtsbehörden möglich gemacht, die Anklage zu konstruieren. Es muß also unter allen Umständen bei allen Fragen, die gestellt werden, die Aussage verweigert werden, jedenfalls solange, bis er mit dem ihm von der Partei gestellten Rechtsanwalt sich über die Rechtslage beraten hat. Es ist nicht die Aufgabe der von der Polizei oder Gerichten beschuldigten Genossen, ihrerseits „Entlastungsmaterial" für sich herbeizuschaffen, sondern umgekehrt: wenn die Polizei oder die Staatsanwaltschaft glaubt, eine Untersuchung einleiten zu sollen, so muß sie auch die Beweise für die angebliche Schuld der Beschuldigten erbringen. Das an sich geringere Opfer, daß durch die Aussageverweigerung die Genossen in Untersuchungshaft genommen werden oder daß sich dadurch ihre Haft verlängert, darf unter keinen Umständen ein Anlaß dafür sein, Aussagen gegenüber der Polizei oder dem Untersuchungsrichter zu machen.

Ebenso wichtig ist, daß kein Parteigenosse **Namen und Adressen von Genossen oder irgendwelche Schriftstücke, die für die Polizei von Interesse sind, bei sich trägt oder aufbewahrt.** Die Polizei versucht durch Verhaftungen und Haussuchungen derartiges Material in ihre Hände zu bekommen, um es bei gelegener Zeit gegen die Partei zu verwenden.

Die Polizei versucht auch, die von ihr bezahlten Elemente in die Partei hineinzubringen oder Mitglieder der Partei zum Verrat zu veranlassen, um dadurch „Material" für die Verfolgung der Partei und ihrer Mitglieder zu erhalten.

In barbarischer Weise wird die Klassenjustiz gegen die revolutionären Arbeiter angewendet und die Gefangenen in den Gefängnissen systematisch zugrunde gerichtet. Durch Ausnahmegesetze schlimmster Art werden die Angehörigen der KPD. und der Kommunistischen Jugend außer Recht und Gesetz gestellt und als Freiwild behandelt. Diesen Versuchen, die einzige revolutionäre Kraft der Arbeiterschaft zu schwächen, gilt es eiserne Energie und Entschlossenheit entgegenzusetzen. Weder durch Lockungen, noch durch Schikanen darf sich ein Revolutionär zum Werkzeug der Polizei hergeben. In einem solchen Werkzeug wird der Revolutionär aber schon dadurch, wenn er durch vorzeitige oder unvorsichtige Aussagen der Polizei ihr Schandwerk erleichtert. Viele Parteigenossen begehen durch diese Unvorsichtigkeit nackten Parteiverrat und die Partei ist deshalb verpflichtet, mit größter Rücksichtslosigkeit darauf zu drängen, daß der erlassene Parteibefehl auf unbedingtes Schweigegebot gegenüber der Polizei und den Gerichten durchgeführt wird. Dieses Schweigegebot gilt selbstverständlich für alle Revolutionäre, wenn sie auch nicht Mitglieder der Partei sind.

Warnung

Emma Hoffmann, früher Mitglied der KPD., Ortsgr. Halle, ist jetzt in Thüringen zu den Völkischen übergetreten.

Willi Wendler, wohnhaft Halle, Hordorfer Straße 6, Beruf Gärtner, ist wegen Spitzelei aus der Partei und KJ. ausgeschlossen. 4. 6. 24

Verantwortlich: Louis Dreyfer für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil Bezirk Hessen-Waldeck wie für dessen Anzeigen: August Kadler in Cassel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240604-12/fragment/page=0003

Warum bei Nussbaum?

Pfingsten steht vor der Tür und jeder möchte sich

noch etwas Neues zu diesem Fest der Freude

anschaffen. Durch die eigentümlichen Wirtschaftsverhältnisse, die den Großhandel zum Abstoßen großer Warenmengen zwingen, sind wir in der Lage

äußerst billig einzukaufen

und da wir von jeher in allen Volkskreisen bekannt sind als das Haus, das durch eine

besondere Kalkulationsmethode

die Preise auf der niedrigsten Stufe hält, so können wir durch Bereitstellen

großer Neueingänge

Einige Beispiele:

Herren-Hosenträger Gummi m. Lederstr. Paar **0,95**

Herren-Leder-Sportgürtel Stck. **0,70**

Damen-Strümpfe schw. u. modefarb., Doppelsohle, Hochferse verst. Paar **0,95**

Damen-Schnür- und Spangenschuhe schwarz, Roßcheveau . . . . Paar **5,50**

Untertaillen aus gut. Waschcrepe m. br. Stickerei garn. Stck. **0,75**

Farbige Oberhemden Perk. m. Kr. u. Umschlagm. Stck. **4,75**

Damen-Schürzen Wiener-form, reichlich weit geschnitt., schöne bunte Muster, mit Volant u. Tasche, einfarb. gepaspelt Stck. **2,50**

Herr.-Rindbox-Schnürstiefel moderne, gute Paßform . . . Paar **8,50**

Eleg. Seidenbinder mod. Form reichhalt. Farbensortim. Stck. **1,65**

Hüftformer Mode, Drell mit Gummiansatz . . Stck. **2,75**

Kurzwaren-Tüte Inhalt 15 Teile Stück **0,95**

Wasch-Unterröcke a. gut. haltb. Zeph., m. br. Vol. Stck. 4,50 3,95 **2,95**

Schleifenbinder in vielen modernen Farben 3 Stck **0,65**

Damen-Strümpfe Kunstseide, schwarz und farbig, Doppelsohle, Hochferse . . . Paar **1,95**

Klapp-Sportwagen Marke „Brennabor", erstklassige Ausführung, Stück **19,50**

noch vor Pfingsten einen Preisabbau

stattfinden lassen, der allen unseren Kunden bei dem jetzigen kleinen Einkommen große Vorteile sichern wird

1884

Wir machen das Rennen!

Weiße Leinen-Damen-Spangenschuhe mit weiß. Absatz **3,25**
Weiße Leinen-Damen-Schnürschuhe mit braun. Absatz **3,90**

Es ist kaum zu glauben!

Damen-Halbschuhe schwarz, spitze Form . . . **5,50**
Damen-Schnürschuhe weiß gedoppelt **7,50**
Damen-Halbschuhe echt Chevr. Rahmenarbeit, spitze Form **11,50**
Damen-Halbschuhe echt Box Rahmenarb., halbrunde Form **12,50**

Ein großer Posten Lackschuhe mit s. Absatz, runde Form **11,95**

Billiger kann keiner sein!

Herrenstiefel
schwarz Rindbox . . **8,50**
schwarz Rindbox . . **9,75**

Herrenstiefel
braun Rindbox . . **12,50**
echt Chevreau, braun Rahmenarbeit **15,95**

Braune Herren-Halbschuhe Rahmenarbeit, spitze Form **12,95**

1 Posten beste Boxkalf-Herren-Rahmenstiefel regulärer Preis bis 23,50, als Festgabe **17,50**

Im eigenen Interesse bitten wir, die Vormittagsstunden zum Einkauf zu benutzen

1885

Schuhhaus Diebach
NUR KLEINE ULRICHSTRASSE 11-12

Versammlungen der KPD.

Ortsgruppe Halle.

Distrikt 1. Donnerstag, 5. Juni abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette", Alter Markt 11: Distriktversammlung.
Distrikt 7a. Donnerstag, 5. Juni, abends 7½ Uhr, im „Südpol": Distriktsversamml.
Distrikt 12. Freitag abend pünktlich 8 Uhr bei Zimmermann: Distriktsversamml.
Distrikt 17. Donnerstag, 6. Juni, in der „Eiche", Körnerstraße: Distriktsversamml.
HSAA. Donnerstag abends 7 Uhr, im Vereinszimmer: Wichtige Sitzung.
Frauen-Mitgliederversammlung. Freitag, 6. Juni, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft". Tagesordnung: Wahl der Ortsgruppenvorsitzenden.

Halle-Saalkreis

Canena. Freitag, 6. Juni, abends 8 Uhr, bei Wenkel: Mitgliederversammlung.

Mansfelder Seekreis.

Siebten. Donnerstag, 5. Juni, abends 7½ Uhr, im Lokal Granels: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag.
Ober- u. Unterröblingen. Sonnabend, 7. Juni, abends 7½ Uhr, im Gasthof Henze, Unterröblingen: Gemeinsame Mitgliederversamml. Bericht vom Bezirksparteitag.

Kreis Merseburg

Neumark. Freitag, 6. Juni, abds. 7½ Uhr, im Gasthof Schumann: Mitgliederversf.

Kreis Wittenberg

Wittenberg. Freitag, 6. Juni, abds. 8 Uhr, im Lokal Freudenberg: Mitgliederversf.

Kreis Zeitz

Kretzschau. Freitag, 6. Juni, abends 7½ Uhr, bei Börner: Mitgliederversammlung. Ein Vertreter der Kreisleitung ist anwesend.

---

*408 **ZOO**
Donnerstag, 5. Juni, 4—½7 Uhr:
Nachmittags-Konzert
8—½11 Uhr abends:
Sinfonie-Konzert
des Wittekind-Orchesters
Leitung Kapellmeist. Bruno Plätz

---

593 Morgen.
Donnerstag:
Frische Wurst
Adolf Schumann,
Zeitz,
Kramerstraße 12

Stadt-Theater
Donnerstag 7½ U.:
Gutachtliche Vorführungen
Freitag 7½ Uhr:
„Der Halling"

Konsumverein für Bockwitz u. Umg.
e G m b H 10
Sonntag, 15. Juni, nachm. 3 Uhr, im Gasthof Waldau:
Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht
2. Beschlußfassung über Aufwertung der Spareinlagen und Kautionen
3. Genehmigung der Eröffnungsbilanz
4. Bericht vom Unterverbandstage
5. Neuwahl o. Aufsichtsratsmitgliedern
6. Anträge nach § 14 des Statuts

Der Aufsichtsrats-Vorsitzende
J. A.: K. Dietrich

Zeitungsträger
für **Bolleben** sofort gesucht. Meldungen an den **„Klassenkampf"**, Halle, Lerchenfeldstr. 14 erbeten.

Zeitungsträger
für **Zeckerik** zu sofort gesucht. Zu melden bei **Kurt Maul,** Gartenstraße 13.

Zeitungsausträger
für **Teuchern** gesucht
Zu melden bei **Horrat,** Bergstr. 4

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden
meiner lieben Frau
sage ich allen meinen tiefgefühlten Dank 595
Wilhelm Dorst
Döbitzschen

Riesel's Monats-Garderoben

Etagen-Geschäft
Gr. Märkerstr. 22 I
Anzüge
Hosen
Arbeiter- u. Berufs-Kleidung
Gummi-Mäntel
Windjacken
Sommer-Joppen
usw. *406
billigst.

Wegen Zwangsräumung
verkaufe ich besonders billig
meine Spezialartikel
Bettstellen, Patent- u. Auflage-Matratzen, Federbetten u. Bettfedern, Steppdecken, Chaiselongues und Bett-Chaiselongues, Klubsessel und -Sofas, Kinderwagen, Klappwagen, Kinderstühle, Kinderbetten
bedeutend unter Tagespreis
Bruno Paris, Leipziger Str. 12
1886

---

1 Paar braune Schuhe
sind für jedermann erstrebenswert, wenn Sie dieselben bei mir kaufen!
Meine Ausnahme-Preise:
Braune Herren-Agraffenstiefel, echt R.-Chevr. Mk 12,50
Braune Herren-Schnürschuhe, echt R.-Chevr. Mk 12,50
Braune Damen-Schnürschuhe, echt R.-Chevr. Mk 10,00
Braune Damen 2 Spangen, echt R.-Chevr. Mk 10,00
Bequeme Paßform (Zimmg), Ia. Qualität, Modefarben, alle anderen Schuhwaren gut und billig
Schuhhaus „Hansa", Halle a. S.
Rannischestraße 20, Nähe Alter Markt
1882 früher Lindenstraße 7.

Spendet für die „Rote Hilfe"

Hamsterfelle kauft zu hohem Preise **Albert Lötsch** Weißenfels, Jüdenstr. 8.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240604-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Weg mit der Mietzinssteuer

Der Mieterverband Halle hatte für Montag, den 2. Juni, zu einer öffentlichen Protestkundgebung gegen die Mietzinssteuer eingeladen. Der große Volksparksaal war angefüllt von den Mietern aller Stände. Der Vorsitzende, Genosse Hopf, eröffnete die Versammlung und gab dem Bundesgeschäftsführer Lunze aus Dresden das Wort. Er führte etwa folgendes aus:

„Seit Jahrzehnten arbeiten die deutschen Mieterorganisationen gegen die fast unumschränkte Herrschaft der Haus- und Grundbesitzer Schwere Kämpfe hat es gekostet, um den sieben Prozent des deutschen Volkes, den Hausbesitzern, die volksfeindlichen Diktaturgelüste einzudämmen. Der Hausbesitzer glaubt, seinen „Erwerb“ oder seinen „Beruf“ aufs bequemste auszuüben, indem er von dem Mietzins lebt. Trotzdem 99 Prozent aller Hausbesitzer bis über die Ohren verschuldet waren, spekulierte er mit dem Mietsmann, unterband besonders den Bau von kleinen Wohnungen, damit erstens der kleine Mann hohe Mieten zahlen mußte und zweitens nur Luxuswohnungen gebaut wurden. Ein Beispiel: In Dresden waren schon vor dem Kriege 600 Arbeiterfamilien wohnungslos. Dieser Raub am Volksgut und die Unfähigkeit auch der letzten Regierungen brachte es mit sich, daß heute im Wohnungswesen das Chaos herrscht. Trotz Mieterschutzgesetz und Wohnungsmangelgesetz steht heute der Mieter vor ungeheuerlichen gesetzlichen Zwangsmaßnahmen; besonders durch das Ermächtigungsgesetz wurden ihm neue Daumenschrauben angelegt. Während alle anderen Kulturstaaten den Mieterschutz ausbauen, wird in dem verarmten Deutschland skrupellos in der dritten Steuernotverordnung durch die Paragraphen 26 bis 28 den Ländern die Möglichkeit gegeben, das Reichsmietengesetz vollkommen abzubauen. Das haben die reaktionären Regierungen Thüringens, Sachsens und anderer Länder schon gründlich ausgenutzt, und die Mieter wurden ihrer Rechte beraubt. Es sollen die Verhältnisse wiederkommen, wie sie in der Spekulantenblütezeit nach 1870/1871, in den Gründerjahren herrschten. Raubpolitik am Bodenpreis. Von Pfennigen pro Quadratmeter steigt der Preis jetzt schon auf viele Mark. Diese hohen Bodenpreise werden die Vervielfachung der Wohnungsmieten zur Folge haben. Nicht 20 Prozent des Einkommens, wie vor dem Kriege, wird die volle Goldmiete betragen, sondern 50 bis 60 Prozent beträgt heute schon die Friedensmiete, vom Einkommen der Werktätigen, der Gewerbetreibenden, der Beamten.

Eine Wohnung von 40 bis 50 Quadratmetern kostete herzustellen im Frieden etwa 300 Mark, heute kostet der Zins des zum Wohnungsbau nötigen Kapitals schon über 1000 Mark, also weit mehr als das Jahreseinkommen des Arbeiters. Die Reichsregierung höhnt jetzt die Beamten, Gewerbetreibenden und Arbeiter, die die Notopfer für den Krieg allein aufbrachten, indem sie den Nichtstuern die Aufwertung ihres Besitzes garantiert. Kaltblütig treibt so die Regierung die Mieter in die Verzweiflung, die sich äußert in dem Anwachsen der Selbstmorde aus wirtschaftlichen Gründen und dem enormen Anschwellen der Auswanderungsziffer, die monatlich auf 183 000 gestiegen ist.

Und trotz dieser Drangsalierungen schläft der größte Teil der Mieterschaft. Ein furchtbares Erwachen wird es für diese geben. Und zu alledem nun noch der brutalste Schlag, den eine Regierung den schwächsten Teilen des Volkes versetzen kann. Die Mietzinssteuer. Ein Kind des schmählichen Ermächtigungsgesetzes, geboren aus der Feigheit der Regierung. Die Verhältnisse des Mieters werden bei dieser Steuer in keiner Weise berücksichtigt, ob er Junggeselle in guten Verhältnissen mit 1000 Mark Monatseinkommen ist, oder ob er Ernährer von einer sechsköpfigen Familie mit 1000 Mark Jahreseinkommen ist, der letztere wird mehr Mietzinssteuer zahlen müssen als der erstere, da er ja mehr Mietsräume braucht. Ungeheuerlicher und ungerechter ist noch keine Steuer erfunden worden. Der Mieterschutzverband (Sitz Dresden) hat aus diesen Gründen das Volksbegehren gegen diese Steuer eingeleitet.

Die Zwangswirtschaft der Hausbesitzer, das ist die schrankenlose Entrechtung und Auspowerung der Mieter, steht vor der Tür. Freie Wirtschaft ist die Parole, das heißt: der Raffgier aller Aasgeier der Wirtschaft soll freie Bahn gemacht werden. Die Hausbesitzerverträge mit ihren Schikanen werden wieder kommen. Wer nicht zahlen kann, wird exmittiert, das heißt, auf die Straße geschmissen. Wer ökonomisch schwach ist und besonders der, der ein paar Kinder hat, wird ohne Obdach sein. Arbeiterstand und Mittelschichten sollen weiter in ihrer Existenz untergraben werden.

Nachdem Herr Vietz aus Weißenfels als Schriftleiter der Bezirks-Mieterzeitung noch energische Worte gegen die Lauheit vieler Mieter, die noch vor dem Hausbesitzer stramm stehen, gefunden hatte, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Nach den Maßnahmen, welche die Reichsregierung mit der dritten Steuernotverordnung zur Beseitigung des Reichsmietengesetzes — des ersten Mieterschutzgesetzes — ergriffen hat, kann die deutsche Mieterschaft zu der Regierung kein Vertrauen zur Einführung einer gesunden und neuzeitlichen Wohnwirtschaft haben.

Die deutsche Mieterschaft legt entschieden Verwahrung dagegen ein, daß die Mieterschutzgesetzgebung abgebaut und wieder beseitigt werden soll. Sie fordert Ausbau und nicht Abbau.

Die Mieterschaft erwartet deshalb, daß sich die Länder und besonders die Parlamente den volksfeindlichen Maßnahmen der Reichsregierung, die auf Wiedereinführung der früheren volksfeindlichen Spekulationswirtschaft im Wohnungswesen hinauslaufen, kraftvoll wiedersetzen.

Die deutsche Mieterschaft verlangt rasche Beseitigung der brutal wirkenden Mietzinssteuer. Sie verlangt dafür eine straff gestaffelte Reichseinkommensteuer und scharfe Erfassung des Besitzes, insbesondere der Kriegs- und Revolutionsgewinnler.

Die einseitige Bevorzugung, die die Reichsregierung dem Haus- und Grundbesitz durch das angeordnete Steigen der Hausrente mit der dritten Steuernotverordnung gab, lehnt die deutsche Mieterschaft als eine für einen Rechtsstaat geradezu ungeheuerliche Maßnahme ab.

Sie kennzeichnet demgegenüber die Aufwertung der Hypotheken als eine Scheinaufwertung und geradezu als eine Irreführung der öffentlichen Meinung. Sie lehnt darüber hinaus jede Aufwertung ab, die nicht gleichzeitig allen Aufwertungsberechtigten, insbesondere den kleinen Sparern und den Kriegsanleihezeichnern, zugute kommt.

Dann sprach der Vorsitzende Hopf, über den Fall Langheinrich. Man bekam ja nette Sachen zu hören über diesen „Rechtskonsulenten“, der jetzt durch die VSPD. (das heißt: Vereinigte Speckjäger) eine „überparteiliche“ Mieterorganisation aufziehen will und darum den Mieterverband Halle in frecher Weise im „Volksblatt“ anpöbelt. Wir empfehlen dem hallischen „Volksblatt“, sich diesen langen Heinrich erst einmal genauer anzusehen, ehe es für seine Totgeburt Hebammendienste leistet. Ein Herr, der einen sehr guten Gehalt von den Mietern bezieht und ihnen dann noch Rechnungen bis zu 25 Mark für Vertretungen, zu denen er verpflichtet war, ins Haus schickt — ein Mann, der als Geschäftsführer eines Mieterverbandes vier Hausbesitzer gegen Mieter vertritt, der ist erledigt für jede Mieterbewegung.

Der Mieterverband Halle kann jedenfalls froh sein, daß er diese faule Nuß los ist. Herr Referendar Schnur, der jetzige Geschäftsführer des Mieterverbandes, ein wirklicher, tüchtiger Rechtsfachmann, überragt an Fleiß und Können den verflossenen Geschäftsführer ganz gewaltig. Das ist ja auch die Hauptsache, daß wieder frische Luft im Bureau des Mieterverbandes weht. Ueber den stinkigen Fall „Langheinrich“ ging die Versammlung aus dieser Erkenntnis einstimmig zur Tagesordnung über.

Ein „Volkspark-Orchester“

Um einer Regelung der Musikerfrage bei Vereinsfestlichkeiten und sonstiger Konzerte und Tanzveranstaltungen im „Volkspark“ herbeizuführen, haben die maßgebenden zusammengeschlossenen Geselligkeit-, Sport- und Gesangvereine sich entschlossen, im „Volkspark“ zu diesem Zweck ein Orchester unter guter Leitung als Volkspark-Orchester zusammenzustellen. Nächsten Freitag abend 8 Uhr wird im „Volkspark“ das erste Konzert als Einführung stattfinden. Sämtliche Vorstände von Geselligkeitsvereinen, Sportkartellen usw. werden ersucht, die Gelegenheit zu benutzen und sich von der Zusammensetzung und Leistung des Orchesters zu überzeugen. Die Vereine werden ersucht, von jetzt ab für ihre Veranstaltungen im „Volkspark“ nur die Musik des Volkspark-Orchesters zu nehmen. Ferner haben die Vereinsfunktionäre beschlossen, die Musik von jetzt ab bei der Geschäftsleitung des „Volkspark“ zu bestellen, sowie die Bezahlung derselben mit den Saalunkosten für Beleuchtung, Garderobe usw. mit der Geschäftsleitung zu regeln.

Freitag, den 6. Juni, wird das 24 Mann starke Volkspark-Orchester bei bescheidenem Eintritt das erste Konzert veranstalten, wozu ein Besuch zu empfehlen ist.

*

Das gestrige Volkspark-Konzert hatte sich wieder einer zahlreichen Besucherzahl zu erfreuen. Leider mußte das Konzert infolge der kühlen Witterung nach dem Saal verlegt werden, wodurch die Illumination im Garten ausfallen und auf nächsten Dienstag verlegt werden mußte. Kapellmeister Benno Pläz hat es wiederum verstanden, mit seiner gutgeschulten Kapelle die Besucher in Spannung zu halten und das gutgewählte Programm in ausgezeichneter Weise auszuführen.

* **Ein Arbeiterfeind.** Am Sonnabend kam es zwischen jugendlichen Arbeitern und Stahlhelmern zu Streitigkeiten. Als einer der Stahlhelmer nach den Jugendlichen schlagen wollte, kamen ihm die Jugendlichen zuvor. Er bekam eine gute Tracht Prügel. Der Bäckermeister Günther, wohnhaft Ecke Zenkerstraße und Brunoswarte, ergriff Partei für den Stahlhelmer und beschimpfte die jugendlichen Arbeiter. Er war der Meinung, daß die Arbeiterjugend wieder anders erzogen werden müsse. Die Arbeiter, die bei diesem Bäcker ihre Lebensmittel kaufen, sollen, wenn sie dort noch weiter kaufen, immer daran denken, daß sie einen Arbeiterfeind unterstützen.

* **Die Brotverbilligungsscheine werden von jetzt an für einen** Zeitraum von vier Wochen ausgegeben. Die Abholung der Scheine hat in den bekannten Ausgabestellen des Jugendamtes zu erfolgen in der Zeit von 7 bis 10 Uhr vormittags, und zwar für Juni am Freitag, dem 6. Juni, für Juli am Freitag, dem 4. Juli, für August am Freitag, dem 1. August und für September am Freitag, dem 29. August. Nicht abgeholte Scheine werden nicht nachgeliefert. Die Einlösung der Scheine erfolgt in den Bäckereien und Handlungen wie bisher.

Die Freie Theater- und Mandolinen-Vereinigung Halle veranstaltete in ihrem Heim („Zur Eiche“, Körnerstraße 24) am Sonntag, dem 1. Juni, ein Gartenkonzert zugunsten der „Roten Hilfe“. Dank der regen Tätigkeit unserer Genossinnen und Genossen konnten als erste Rate 25 Mark der „Roten Hilfe“ überreicht werden. Der Verein wird das Konzert wiederholen. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Theater und Konzerte

Franz Schreker als Gast im Stadttheater

I.

Franz Schreker, der jetzt wohl dem Höhepunkt seines Schaffens und Strebens nahe ist, hat eine harte Lebensschule hinter sich. Als er zehn Jahre alt war, starb sein Vater. Und nun blieb ihm, der er eine treue Stütze seiner Mutter war, kein Leiden erspart: „Mühselig suchte er mit seiner Geige einige Kreuzer für die Geschwister zu verdienen. Es half alles nichts. Die Not stieg immer höher. Die Familie schien rettungslos dem Untergange geweiht. Ein Schwesterchen starb am Zehrfieber (Hungers) dahin. Doch damit schien dem Unheil der Tribut gezahlt, ein Hoffnungsstrahl leuchtete auf. Franz erhielt, vierzehnjährig, durch seinen Lehrer eine Organistenstelle.“ (Kapp: Franz Schreker.) Diesem Zufall haben wir es zu danken, daß Schreker nicht wie Anton Eberhardt an der bestehenden Gesellschaftsordnung zerbrach.

Mit ungeheurer Zähigkeit arbeitete er an seiner Vervollkommnung. Ein langsamer, aber sicherer Aufstieg beginnt nun. Um die Aufführung seiner ersten Oper („Der ferne Klang“) kämpfte er zehn volle Jahre. Bis 1912 Frankfurt a. Main dieses Werk herausbrachte. Damit rückte Schreker in die Reihen der ersten deutschen Opernkomponisten. Alle seine Werke („Die Gezeichneten“, die wir 1921 auch von ihm dirigiert in Halle hörten, „Der Schatzgräber“ und „Die Irrelohe“, seine neueste Oper) gingen über sämtliche größeren Bühnen Deutschlands. Der Erfolg im Publikum war überall groß, jedoch ein großer Teil der Kritik lehnt Schreker ab.

II.

Warum? Zunächst stößt man sich an der Sinnlichkeit der Librettos. „Und dieser Idealist entpuppt sich dabei als ein Erotiker von unbedenklichem Freimut; immer läuft es in seinen Geschichten auf das Geschlechtlich-Sinnliche hinaus“, so jammert einer dieser Herrn über den „Schatzgräber“-Text. Diese Leute leben eben noch vollständig im Banne Wagners: „In Anbetung möcht' ich mich opfernd üben, vergießen froh mein letztes Herzensblut.“ Es ist eigentlich ganz natürlich daß Schreker auf ein Ideal, wie er es von der Frau hat, nämlich das Triebweib (z. B. Els), kommen mußte und dabei die Masse des Publikums für sich hatte. Wir sind von den hehren Frauengestalten, die Wagner in der Senta, Elisabeth usw. darstellt, und die es in Wirklichkeit nie geben kann, übersättigt. Schrekers Triebweiber dagegen sind jederzeit im Leben zu finden! Sie sind etwas Wirkliches. Diese Wirklichkeit wird unsere Generation, immer mehr an Schreker fesseln!

III.

Musikalisch bedeutet „Der Schatzgräber“ einen großen Fortschritt gegenüber den „Gezeichneten“. Die Farbenpracht im Orchester hat eine Größe erreicht, die Richard Strauß in den Schatten stellen muß. Schrekers Größe liegt nicht in der Kontrapunktik, sondern in der Harmonik. Die gewagtesten Harmonien erklingen. Ein berückender Wohlklang strömt aus dem Orchester hervor. Melodien von unbeschreiblicher Menge sind in diesem Wunderwerk von Partitur enthalten. Eins nur muß wundernehmen, daß Schreker es nicht fertiggebracht hat, für das Liebesduett im 3. Akt die große melodische Linie zu finden. Hier hat er nur ein meisterliches Mosaik kleiner Melodiebogen zusammengestellt. Von überirdischer Schönheit ist das ganze Nachspiel mit der Märchenerzählung des Sängers Elis. Zum Beispiel bei den Worten „eine Stadt mit schlankhohen Türmen“ in der obigen Erzählung baut Schreker im Orchester in seiner Klangmalerei diese Türme vor uns auf. Kurz: „Der Schatzgräber“ ist ein Meisterwerk im modernen Opernschaffen. Eine Frage bleibt da noch auf: Kann Schreker auf diesem Wege noch weiter? Diese Frage muß ich verneinen, denn er ist jetzt in einer Sackgasse angelangt. Nach der „Irrelohe“ nun muß er sich wiederholen oder etwas Neues bringen. Ich bin gespannt auf diese Lösung, denn Schreker ist und bleibt unsere stärkste Hoffnung. Würde sich Schreker jedoch wiederholen, dann träfe Adolf Weißmanns Urteil über ihn „als Meister interessanter Zwitterhaftigkeit“ zu. Bis jetzt erscheint es verfrüht.

IV.

Die gestrige Aufführung, in jeder Hinsicht glänzend, kann als der Höhepunkt unserer diesjährigen Opernaufführungen bezeichnet werden. Schreker dirigierte: sparsam in der Zeichengebung, mit fabelhaftem Rhythmus, nie den Sänger zu sehr zudeckend; im ganzen meisterlich. An unseren beiden Tenören konnte man seine helle Freude haben. Fritz Berghofs Leistung als Narr ist wohl schwerlich noch zu überbieten. Fritz Müller-Raven ließ Töne von wunderbarem Gleichmaß hören. Er dürfte ohne Zweifel einer der besten Vertreter des Elis für Mitteldeutschland sein (ich hatte Gelegenheit, Lißmann-Leipzig, Gessert-Magdeburg u. a. zu hören). Seblst hinter dem Staatsoperisten Soot, der einmal den Elis hier sang, steht er nur an Stimmumfang (Soot ist Heldentenor, Müller lyrischer Tenor) zurück. Also eine meisterliche Leistung. Ebenso muß man Maria Günzel-Dworski und Fritz Kerzmann unbedingt nur loben.

Auch die Bühnenbilder August Roeslers waren hervorragend (besonders das Vorspiel und die Bankettszene). Der spärliche Chor dagegen war ganz unzureichend.

V.

Die Aufführung wurde mit ungeheurem Beifall aufgenommen. Dies sollte die Intendanz dazu ermutigen, bald eine zweite solche Tat der ersten folgen zu lassen: und zwar die „Irrelohe“ Franz Schrekers.

St.

Volksbühne. Für die Aufführungen der Operette „Die Fledermaus“ und der Komödie „Kolportage“ können die Mitglieder der anderen Reihe, die ihre zehnte Beitragsmarke eingelöst haben, Extrakarten erhalten.

Bruckdorf. Eine Parteimitgliederversammlung findet am Donnerstag, dem 5. Juni, abends 8 Uhr, für die Ortsgruppen Dieskau, Zwintschöna, Kanena, Kleinkugel-Naundorf und Bruckdorf bei Große statt. Tagesordnung: Bericht vom Bezirks- und Kreistag. Lokalfragen.

Löbnitz bei Trebitz. Eine fühlbare Antwort haben die Arbeiter von Löbnitz und Umgegend dem Gastwirt Gottschalk gegeben. Gottschalk ist Mitglied des Stahlhelms. Er wollte damit zu erkennen geben, daß er auf die Groschen der Arbeiter pfeift. Die Arbeiter haben das gut begriffen und sein Lokal gemieden. Kein Arbeiter geht noch zu dem Arbeiterfeind Gottschalk und verzehrt dort auch nur einen Groschen. Diese Wirkung hat Gottschalk natürlich nicht vorausgeahnt, und er sieht wohl ein, daß er von den Stahlhelmern und Wehrwölfen nicht leben kann. Am 1. Pfingstfeiertag veranstaltet der Arbeiter-Turnverein eine Fahnenweihe. Herr Gottschalk versucht alles, um den Verein zu zwingen, diese Fahnenweihe in seinem Lokal abzuhalten. Die Arbeiter aber haben beschlossen, ihre Fahnenweihe auf dem Gemeindeplatz abzuhalten. Jetzt läuft Gottschalk in der Gemeindevertretung Sturm, daß dem Verein der Platz nicht gegeben wird. Sein Bemühen aber wird vergeblich sein: Die Arbeiterschaft von Löbnitz wird nicht zu Gottschalk zurückkehren. Diesmal hat er sich verspekuliert.

Ammendorf. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Union der Hand- und Kopfarbeiter findet Donnerstag, 5. Juni, abends 8 Uhr, im „Elstertal“ statt. Die Mitglieder der Ortschaften Beesen, Radewell und Osendorf sind besonders zu dieser Versammlung eingeladen. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert restloses Erscheinen aller Mitglieder.

Spickendorf. Faszistischer Mordüberfall um einer roten Fahne willen. Am Himmelfahrtstage fand in Spickendorf großer Kriegervereinsrummel zur Einweihung einer Fahne statt. Dazu waren aus dem ganzen Saalkreis eine Reihe von Kriegervereinen erschienen, die trotz Verbotes mit halb oder dreiviertel entrollten Bannern in geschlossenen Trupps zum Festplatze marschierten. Das empörte den Arbeiter, Genossen Wiedecke, der einem Wachtmeister gegenüber äußerte, ob das nicht verboten sei. Genosse Wiedecke fand diesen Zustand unerträglich, weil am vorausgegangenen Sonntag bei der Fahnenweihe des Arbeiter-Turnvereins Niemberg die Fahne nicht einmal aus der Hülle genommen werden durfte und mehr als fünf Personen, die zusammengingen auseinandergetrieben wurden. Die Spickendorfer hatten, was den Niemberger Arbeitern auch nicht gestattet worden war, ihre Leute mit Musik abgeholt. Genosse Wiedecke hatte zu Ehren des vor einigen Jahren ermordeten Pazifisten Hans Paasche auf seinem Grundstück zwei rote Fahnen gehißt, die auf die Kriegervereinler und Stahlhelmleute dieselbe Wirkung ausübten, wie auf gewisse Tiere. Schon am Tage versuchten kleinere Trupps die Fahnen herunterzuholen. Abends 7 Uhr hatte Genosse Wiedecke seine roten Fahnen eingeholt, und sich, nichts Böses ahnend, gegen zehn Uhr zu Bett gelegt. Nachts gegen ½1 Uhr wurden plötzlich die Fenster seines Wohnhauses zertrümmert. Als er von einer Leiter aus über die Hofmauer schaute, bemerkte er vier Personen, von denen er zwei erkannte, die das Haus umschlichen. Als er sie anrief, traten sie unter Morddrohungen das Hoftor ein. Genossen Wiedecke gelang es noch, die Haustür zu erreichen und sie hinter sich zu verschließen. Auch diese versuchte man einzutreten. Frau Wiedecke, die sich aus dem Fenster herauslegte, um Hilfe zu rufen, wurde brutal zurückgestoßen. Doch verzogen sich die Angreifer. Genosse Wiedecke hat in dieser Sache bei dem zuständigen Wachtmeister Anzeige erstattet. Wir sind begierig, ob die Staatsanwaltschaft diesem qualifizierten Hausfriedensbruch der Sachbeschädigung und Bedrohung die gebührende Aufmerksamkeit schenken wird, die einem Kommunisten im umgekehrten Fall zuteil geworden wäre, oder ob das Verfahren im Sande verläuft oder die Angeklagten freigesprochen werden.

Achtung! Bis 30. Juni müssen alle Mitglieder der Produktiv-Genossenschaft ihre Anteilaufwertung vorgenommen haben. Wer den Termin verabsäumt, scheidet laut Statut aus der Genossenschaft. Genossen, erfüllt Eure Pflicht sofort! Unser Bureau ist täglich außer Sonnabend u. Sonntag von ½8—5 Uhr geöffnet (Zimmer 28)

361

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240604-12/fragment/page=0005

Rüstet zum „Roten Tag“ in Leipzig!

Aus der Provinz

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold — die neue gegenrevolutionäre Organisation

Die monarchistischen Verbände tun's nicht mehr; sie brauchen Unterstützung durch die republikanischen Verbände. Ein solcher hat sich vor kurzem aufgetan und **beginnt jetzt auch in Mitteldeutschland Fuß zu fassen.** Wir meinen die Organisation „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“.

Was wollen die Herrschaften?

Für die Ziele der Republik und deren Schutz eintreten, d. h. eine Anzahl wohlgewordener Intellektueller und gewisse industrielle Hintermänner halten die Form des Staatswesens für wichtiger, als den Inhalt. Die Drahtzieher der Bewegung wissen warum. Sie fürchten von einer Wiedereinführung der Monarchie große Schwierigkeiten innen- und außenpolitischer Natur. Daher erscheint es ihnen profitabler, die Farbe der republikanischen Demokratie beizubehalten. Warum auch nicht? Sie fühlen sich so kotwarm in ihrem Geldsaufen und haben wirklich keine Ursache, eine andere Staatsordnung herbeizuwünschen. Dies und nichts anderes ist letzten Endes die Ursache zur Bildung dieser Organisation, deren

Gründer in den Reihen der Demokratischen und Sozialdemokratischen Partei zu finden sind.

Und wie diese Parteien die Republik schützen, ist ja zur Genüge bekannt. Gefördert von dem deutschen Industrie-, Finanz- und Handelskapital, haben sie Tag für Tag bei der Niederschlagung der Arbeiterklasse den Reaktionären und Monarchisten Vorschub geleistet. Man braucht nur die Namen von Siemens und Hörsing, Reichswehrminister Geßler und Noske zu nennen, um sich über den Charakter der militärischerepublikanischen Organisation Schwarz-Rot-Gold im klaren zu sein, die wie die „Republikanische Partei“ (ein bei der Reichstagswahl neue hervorgetretenes Parteiungeziefer) kein besseres Ziel kennt als die Erhaltung dieser Republik. **Wenn jetzt das „Reichsbanner“ in Liebenwerda, Eisleben und anderen mitteldeutschen Orten Mitgliederfang treibt, so mögen sich die Arbeiter darüber klar sein, daß, wenn sie einmal wie Energie ihre Rechte und Forderungen verfechten, dieser Bund zusammen mit den anderen kapitalistischen Verbänden nicht bei ihnen, sondern auf der anderen Seite der Barrikaden stehen wird.**

Der letzte Zweifel darüber wird einem vergehen, wenn man in der programmatischen Erklärung der Schwarz-Rot-Goldenen im „Volksblatt“ folgende Sätze liest:

„Dem nationalistischen und bolschewistischen Demagogen wird der Bund mit allen Mitteln der Aufklärung und Werbung . . . entgegentreten. Bei allen gewaltsamen Angriffen gegen die republikanische Verfassung wird der Bund die republikanischen Behörden in der Abwehr unterstützen und die Gegner der Republik niederkämpfen mit denselben Mitteln, mit denen sie die Republik angreifen.“

Diese Sprache ist sehr deutlich. Es sind dieselben Worte, die man seit nunmehr einem Jahrfünft **gegen rechts ausspricht, aber nur gegen linke praktisch anwendet.** Die Arbeiter werden ihre Konsequenzen daraus ziehen. Sie werden diese Auch- und Bauchrepublikaner nicht minder scharf bekämpfen wie den Monarchismus. Denn wenn die Hitler-Gardisten die offenen Söldlinge der Hugenberg-Kahr sind, so ist das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ nur eine verhüllte Schutztruppe des Kapitals.

Merseburg-Querfurt

Wer spaltet die Gewerkschaften?

Ein praktisches Beispiel

Die Amsterdamer haben es glücklich erreicht, das **Schkeuditzer Ortskartell zu spalten.** — Durch die Neuwahl des örtlichen Gewerkschaftskartells hatte die Opposition eine ausschlaggebende Mehrheit erreicht, worauf prompt die Auflösungsorder des Bezirksausschusses und die berüchtigte Cöthener Konferenz vom 30. März kam, wo die ADGB.-Gewaltigen zwecks Niederschlagung der Opposition über die Köpfe der Mitglieder hinweg den Bezirk Halle-Merseburg mit den reformistischen Bezirken Magdeburg-Anhalts vereinigen wollten. Natürlich protestierte die oppositionelle Mehrheit gegen das völlig unstatutarische Vorgehen der Amsterdamer. Es kam zu heftigen Debatten und Angriffen auf die oppositionellen Kollegen. Eine Versammlung aller Gewerkschafter, in der als Referent Grabow und als Korreferent der Ausschußlege Wernicke sprachen, beschloß trotz der schäbigsten Machinationen der ADGB.-Bonzen,

hinter dem zu Recht bestehenden Bezirkskartell Halle-Merseburg festzuzubleiben und die Cöthener Beschlüsse nicht anzuerkennen.

Demgemäß ist von unserer Seite von den Rundschreiben des sog. Cöthener Bezirkskartells keine Notiz genommen worden. Die Cöthener Vertreter verlangten einfach von den Vertretern der Mehrheit, daß sie den Mitgliedsbeschluß **über den Haufen werfen und Cöthen anerkennen sollen.** Ganz zielbewußt arbeiteten die Amsterdamer in der letzten Sitzung am vorigen Dienstag weiter auf die Spaltung hin. Man erkannte auf der einen Seite die Rechtsgültigkeit der Statuten an, wollte aber andererseits nicht einsehen und zugeben, daß gerade

die ADGB.-Führer durch ihre Auflösungsdekrete gegen die Statuten handeln. Ja es wurde ganz offen erklärt, daß die Mitglieder darüber nicht zu bestimmen hätten und gar nicht gefragt würden.

Auf unsere bündige Erklärung hin, daß wir als Vertreter der Mitgliedschaft uns nichts gegen deren Willen aufoktroyieren ließen, sondern hinter dem rechtmäßigen Kartell Halle-Merseburg stehen blieben, erklärte die Amsterdamer Minderheit, **daß sie sich nicht fügen und weitere Mitarbeit ablehnen werde.** Nach dieser Erklärung **verließen sie das Sitzungszimmer.** Also dieselben Leute, die, solange die Kommunisten in der Minderheit waren, immer forderten, daß diese sich fügen müßten, haben nicht einmal soviel gewerkschaftliche Disziplin, sich einem Beschluß der Mitgliedschaft zu unterwerfen. Gewerkschaftsdisziplin — das gilt eben nur für die Kommunisten, aber nicht für diese „alten Gewerkschafter“.

Interessant ist die Tatsache, daß die Leipziger Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes den drei Delegierten der hiesigen Ortsgruppe den direkten Befehl gegeben hat, sofort ihre Mandate niederzulegen — sonst . . . .?!

Nun, wir fürchten die Drohungen der Herrschaften sehr wenig. Mit uns ist das Recht! Hinter uns steht die Mitgliedschaft! Das Ortskartell besteht mit vollem Recht weiter. Mögen sich die reformistischen Gewerkschaftsgerrtümmerer den Kopf einrennen! Kollegen aller Verbände! Jetzt erst recht unterstützt uns in erhöhtem Maße, denn Ihr seht ja deutlich, wer wirklich Eure Interessen uneigennützig vertritt. Steht fest hinter Eurem selbstgewählten Kartell und laßt Euch kein anderes aufzwingen!

Passendorf. Ein mißglückter deutschvölkischer Mordanschlag. Am Mittwoch, dem 28. Mai, zogen nachts um 12 Uhr eine Anzahl Stahlhelmer, von Rietleben herkommend, nach Passendorf. Als sie an der Kubanschen Ziegelei vorüberkamen, machten sie halt und schossen in der Richtung des ziemlich frei liegenden Ofens. Dessen Feuerer ist der Genosse Müller, kommunistischer Gemeindevertreter in Schkeuditz, der ob seines mutigen Eintretens für die Arbeiterschaft bei den Faschisten besonders verhaßt ist. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Schuß unserem Genossen galt, der glücklicherweise unverletzt geblieben ist. Wir sind gespannt, ob der Landjäger Hellwig auf diese Mordbengels ebenso scharf wie auf harmlose Kommunisten fahnden wird. Bisher haben wir allerdings noch nichts gehört!

Merseburg. Genossenschaftliches. Auf Veranlassung des Vorstandes der Konsum- und Spargenossenschaft Merseburg fand am 30. Mai eine kombinierte Sitzung der Funktionäre des Gewerkschaftskartells, der KPD. und der VSPD. statt, um zu der genossenschaftlichen Organisation unseres Bezirks Stellung zu nehmen. Nach einer eingehenden Aussprache wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, wonach die konsumgenossenschaftliche Organisation für eine zwingende Notwendigkeit erklärt wird. Die sich immer mehr zuspitzenden wirtschaftlichen Verhältnisse bedingen immer schärfere Kämpfe der Arbeiterklasse mit dem Unternehmertum. In diesen Kämpfen findet die Arbeiterschaft in den Konsumvereinen eine wertvolle Stütze. [illegible]halb ist es Pflicht eines jeden Angehörigen der schaffenden Bevölkerung, sich nicht nur dem Konsumverein anzuschließen, sondern vor allen Dingen auch seine gesamten Bedürfnisse möglichst restlos im Konsumverein zu decken. Der weitere Ausbau der konsumgenossenschaftlichen Organisation bedingt die Schaffung ausreichender Betriebsmittel. Die Anwesenden verpflichten sich, mit allen Kräften dafür einzustehen, daß durch Eingehlungen auf den Geschäftsanteil der Genossenschaft das notwendige eigene Betriebskapital so schnell als möglich zur Verfügung gestellt wird. Wir hoffen, daß alle in Frage Kommenden in diesem Sinne handeln, um die Merseburger Konsumgenossenschaft im Interesse der Arbeiterschaft unseres Bezirks zu einer machtvollen Organisation auszubauen.

Großkayna. Ein Opfer der Arbeit. Der Schlosser Franz Voigt aus Großkayna verunglückte auf dem Landkraftwerk Kulkwitz durch Explosion eines Schweißapparates. Der Verunglückte wurde durch den Druck gegen die Wand geschleudert, wodurch er innere Verletzungen davontrug. Auf dem Transport ins Krankenhaus ist er seinen Verletzungen erlegen. Der Verunglückte hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Groß-Kayna. Wo wird ein Generaldirektor gesucht? Von einem ohne den geringsten Grund auf die Straße geworfenen Arbeiter ging uns ein Inserat folgenden Inhalts zu: „Ein von den Michelwerken, Halle, nach 6½jähriger Tätigkeit „abgebauter“ 55 Jahre alter Familienvater sucht lohnende Beschäftigung, wenn möglich als Generaldirektor.“ Ach, lieber Genosse, da hofft Du umsonst! Generaldirektor willst Du werden? Gestatte die Frage: Hast Du Kupons abschneiden gelernt? Verstehst Du, Arbeiter zu zwiebeln? Kannst Du Steuerbücher fälschen? Bist Du geschickt genug, Kapitalien ins Ausland zu verschieben? Nein? Nun, dann lasse Dich begraben. „Denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur, die etwas haben.“

„Wie die Bergarbeiter belogen werden“

Aber der „Volksbote“ lügt.

Unter dieser Stichmarke bringt der „Zeitzer Volksbote“ einen Artikel so voller Niederträchtigkeiten, daß wir nicht näher darauf eingehen würden, wenn hier nicht noch an Hand falscher Tatsachen versucht würde, die Bergarbeiterschaft über den fürchterlichen Verrat der VSPD.-Führer hinwegzutäuschen. Die Aussperrung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet, in Sachsen und Oberschlesien sei „für die KPD.-Zentrale ein willkommener Anlaß, die Basis auf der Grundlage aktiver Kämpfe zu erweitern. Dazu wird Mitteldeutschland gebraucht“.

Was ist daran richtig?

Richtig ist, daß wir Kommunisten sofort bei Beginn der brutalen Aussperrung durch die Unternehmer erkannten, daß **nur die einheitliche Abwehr durch die gesamte Arbeiterschaft im Bergbau und der verwandten Industrien den Schlag der Unternehmer parieren kann.** Wie recht wir hatten, zeigt der traurige Ausgang des Ruhrkampfes. Wäre die Arbeiterschaft des ganzen Reiches den sechsmal hunderttausend Ruhrproleten zu Hilfe gekommen — es wäre den ADGB.-Führern nicht mehr möglich gewesen, diese grotesque Bewegung so jämmerlich und resultatlos abzuwürgen. Das wissen die Reformisten, das wissen auch die Redakteure des „Volksboten“, und darum,

weil sie ihre Schuld brennen fühlen, pöbeln sie die Kommunisten an,

die weder Kräfte noch Mittel gescheut haben, um den Kampf nicht verlaufen zu lassen.

Aber sehen wir nun zu, was der Inhalt des Geschimpfes ist. Nur eine Tatsache schält sich aus dem Riesenwust von Injurien heraus: „Was sie (nämlich die KPD.) berichtet, ist alles nicht wahr . . . Die KPD. hat für den Ort A. mitten im Revier Stinnes-Riebeckscher Zechen eine Bergarbeiter-Konferenz einberufen, es waren sechs Delegierte anwesend. In der Nummer des „Klassenkampf“ vom 15. Mai wird von der Annahme einer Resolution durch 115 Delegierte berichtet. Dieser offenbare Schwindel . . .“

Wenn es den Tatsachen entspräche, daß der „Klassenkampf“ aus einer von sechs Delegierten besuchten Konferenz eine solche mit 115 gemacht hätte, dann wäre das allerdings ein unglaubliches Stück.

Denn der „Klassenkampf“ schrieb am 15. Mai: „Die von der Reichskampfleitung der deutschen Bergarbeiter für die mitteldeutschen Reviere einberufenen Konferenzen . . . fanden statt in Bitterfeld, Sandersdorf, Eisleben, Ammendorf und Zeitz, durchschnittlich 115 Delegierte aus den Betrieben waren anwesend.“ Und zwar waren anwesend in Bitterfeld 15, in Ammendorf 6, in Zeitz 11, in Eisleben 23 und in Sandersdorf 60 Delegierte. Diese Delegiertenzahl zusammengerechnet, ergibt nach Adam Riese genau 115 Delegierte, wie der „Klassenkampf“ objektiv berichtet hatte. Damit bricht der „offenbare Schwindel“ des „Volksblattes“ in sich zusammen. Die von uns am 15. Mai veröffentlichte Resolution ist tatsächlich von 115 Delegierten angenommen worden und

der „Volksbote“ wird so lange ein elendes Verleumdertäuschen bleiben, als er unseren Bericht einen „offenbaren Schwindel“ nennt.

Ueber das angebliche Schreiben eines „kommunistischen Kameraden“ wollen wir uns nicht weiter auslassen. Es trägt den Stempel der Mache zu dick aufgetragen auf der Stirn. Der Redakteur, der es verfaßte, hätte geschickter arbeiten sollen. So aber wird ihm niemand die Echtheit des Briefes glauben.

Die Schreibweise des „Volksboten“ richtet sich selbst und wird keinen einzigen Proleten darüber hinwegtäuschen, daß es die Sozialdemokratie ist, die nicht nur nichts zur erfolgreichen Ausdehnung und Beendigung des großen Arbeiterkampfes, sondern alles getan hat, um die schaffenden Massen in eine fürchterliche Niederlage hineinzutreiben. Behaltet die Tatsache fest in Eurem Gehirn und vergeßt es nicht, Proletarier, daß **ADGB.- und VSPD.-Führer den Ruhrkämpfern für eine fünfprozentige Lohnerhöhung den Dolch in den Rücken stießen!** Vergeßt es nicht, daß die Kommunisten Leib und Leben eingesetzt haben, um diese vom Kapital provozierte Aussperrung zur siegreichen Schlacht des Proletariats werden zu lassen. Jene „Schlacht“, die, mögen auch die VSPD.- und ADGB.-Bonzen das Proletariat aus einer Verteidigungsstellung in die andere zurückwerfen, doch über kurz oder lang entbrennt, wird die Massen der Kopf- und Handarbeiter zum Siege über die Agrar-, Industrie- und Grubenherren sowie ihre reformistischen Helfershelfer führen.

Das Metall der Toten

70]

Von Concha Espina

Oftmals kam hier einer der Männer, machte Aurelio Zeichen, zu einer raschen Besprechung nahe heranzukommen und kehrte dann mit einer schriftlichen Weisung oder einer mündlichen Antwort in die Bureaus zurück.

Der Arzt und José Luis waren es, die traurig und bedrückt am häufigsten herauskamen.

Der Präsident hatte ihnen seine Autorität übertragen, ohne ihnen seine Hilfe zu verlagen; und er stand ihnen unausgesetzt bei mit wachem Verantwortungsgefühl für alle Bewegungen des Verbandes, mit offener Seele für die Sorgen einer jeden Minute. Sein erbarmender Blick der auf der Sterbenden ruhte, schweifte bisweilen weiter, tauchte auf wunderbare Weise in die Gluten der Fabriken, in den finsteren Schacht der Erde, und richtete sich in furchtbarer Beklommenheit auf die Tausende, die dort im Schatten mit dem Tode rangen; der Führer stand bestürzt und versunken und blickte ohne zu sehen, von Idealen geblendet, berauscht von Milde . . .

Es ist Mitternacht: kalt und scheu, wie das Wasser der Gletscher, ist der Tod gekommen.

Aurora ruht ein wenig bei den Kindern; Dolores ist angekleidet auf einem Strohsack eingeschlafen.

Mühsam stammelt Natalie ein paar Silben, deren Klang sich an der Schwelle der Unendlichkeit reicht: zum letzten Male öffnet sie die Augen, seufzt . . . und frei liegt vor ihrem Fluge die Unendlichkeit!

Aurelio empfängt diesen Seufzer mit dumpfem, unverständlichem Murmeln, neigt sich zu langer Betrachtung über den Leichnam und schließt mit inbrünstiger Zärtlichkeit die toten Lider. In seinem Schmerz ist ein brüderliches Gefühl, eine zarte, erbarmende Liebe, die leidet und seufzt ohne ihre Umgebung zu Boden zu drücken. Er hat Natalie wie ein gutes, reines Kind geliebt; aber er weiß, daß Gott hier an seine Seite eine Frau gestellt hat, die Starke, immer Gefaßte. Er hört sie mahsam durch die Wohnung gehen, spürt den Duft ihrer kraftvollen Jugend, und er begreift, daß die Uhr des Schicksals jetzt für ihn das Anbrechen von Stunden innigster Hoffnung zeigt. Aber er leidet sehr; ein schmerzvolles Mitleid mit diesem verfehlten Leben überwältigt ihn, und er fühlt sich schuldig weil er sie an sich gerissen hat, um mit ihm zu leiden . . . weil er sie unterliegen ließ. Wieder neigt er sich in stummem Gram über sie und entdeckt in ihrem Gesicht einen Zug sanften Ausruhens: sie hat sich gern der unbekannten Tiefe überlassen.

„Sie ist zufrieden“, sagt sich der Gatte mit einigem Schwanken: sie scheint ihm unter dem Schleier eines Rätsels zuzulächeln. Und mit lauter Stimme sagt er vor sich hin: „Was soll mit Anita werden?“

„Vertrauen Sie sie mir an!“ fleht Rosario mit einschmeichelnder Schüchternheit.

Er sieht und blickt sie an. Vielleicht ist diese Frau bemitleidenswerter als die andere, denn leben heißt weinen. Ihre Augen sind in der Tat getrübt, ihr Gesicht verändert, ihre Kleider zerdrückt. Ihr angstvolles Drängen zu einem Leben in Armut nötigt sie zu ermüdender Arbeit und Entbehrungen. Da sie fühlt und liebt, dehnt sich die Größe ihrer Schmerzen über jede Minute aus.

Aurelio geht vom Mitleid zur Bewunderung über, gefangengenommen von dem Zauber dieser dunklen, heißen Augen, in denen ein heimliches Licht brennt. Er will antworten, hungert nach leuchtenden Worten die sein Herz nicht länger verhehlen, und zittert vor dem, was er sagen will.

Sie verstummt; mit einer scheuen, Vergessen und Schweigen heischenden Gebärde hält sie ihn zurück.

„Anita bleibt bei mir“, sagt sie, ohne eine andere Antwort abzuwarten, und verläßt das Zimmer; sie muß die Freundinnen benachrichtigen.

Kurze Zeit darauf harrt Natalies Leichnam, sorgfältig gekleidet, mit gefalteten Händen und geglättetem Haar, der letzten Reise. Sie hat die Augen nicht völlig geschlossen, sie klaffen in einem unveränderlichen Lächeln als hielte sei ihrem Heimgange eine unheilsgliche Neugier sie offen.

Das Haus wird nicht von Stimmen und Tränen erschüttert. Die von der ungewöhnlichen Anstrengung erschöpften Frauen halten sich mit Mühe aufrecht und teilen leuzend und langsam ihre neuen Pflichten ein, geräuschlos, um die Schlafenden nicht zu wecken.

Es ist ein Uhr morgens. Durch die Balkone steigt von Hof und Straße ein furchtbarer Gestank von Kot und Aarat auf; die Luft ist still, vom Schein des neuen Mondes erfüllt; in den Bureauräumen hört man die Schritte der Schreiber und das Oeffnen und Schließen der Türen.

Aurelio sitzt zu Füßen des gemeinsamen Lagers und lehnt den Kopf an den Rand der Matratze, auf der er in dieser grausam harten Woche einige Stunden unausgekleidet geschlafen hat. Er mag sich nicht von hier losreißen.

Im Schmutz erzeugte Fliegen summen hartnäckig über der Toten. Rosarito verdeckt das Gesicht mit ihrem Tüllschleier, zündet ein paar Oellämpchen an und setzt sich an die andere Seite des Bettes: ein Schein des Himmels dringt durch den Balkon in das Schlafzimmer und bietet die Altarkerzen der Sterne dar . . .

Später, als die Nacht schon im Schwinden ist, kommt Santiago Estévez zum Syndikat zurück, steigt zur Wohnung des Präsidenten hinauf und betritt die Schlafkammer, wo er Natalie sterbend verlassen hat.

Er findet sie starr und steif zwischen Aurelio und Rosario, die eingeschlafen sind, und kommt leise näher um das unbewegliche Gesicht zu betrachten; er hebt den Schleier und zunzelt schmerzlich die Stirn über dieser anderen, die schön und glatt ist, wie ein Traum von Marmor: die blauen Blüten der Augen sind im feuchten Glanz eines letzten Blickes erschlossen.

Der Lehrer, den die Eindrücke und Strapazen aufgerieben haben, empfängt ohne Grauen den feierlichen Glanz dieser Augen, die sich in ewiger Klarheit einem anderen Leben öffnen; er kommt vom Feuer des Planeten, das mit seinem Licht das Unfaßbare durchdringt; beneidenswert erscheint ihm das Lächeln der Toten, die forschend, wie in einer Frage zwischen den beiden von Zweifeln gemarterten jungen Leben ruht.

„Der Tod ist das Dämmern des Tages ohne Ende!“ murmelt er, läßt die Spitzen des Schleiers über den Leichnam zurückfallen und geht leise hinaus, eine rote Spur auf dem Gang hinterlassend.

Da erwacht Rosario: eine leise Berührung hat sie aufgeschreckt; sie glaubt sofort, es sei der Tüll ihres Schleiers, der von Natalies Atem bewegt werde, und fast toll vor Entsetzen stammelt sie:

„Aurelio!“

Er fährt erschrocken in die Höhe.

„Was ist?“

„Nichts . . . wir sind eingeschlafen!“

Sie erhebt sich ganz benommen, um nach der Zeit zu sehen; es ist drei Uhr. Unruhig tritt sie auf den Balkon hinaus; Aurelio folgt mechanisch. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240604-12/fragment/page=0006

Schkeuditz. Verunglückt ist am Sonntag, dem 1. Juni, der Fleischermeister Mähler mit Familie auf einer Spazierfahrt. Die Pferde gingen vor der Luppenbrücke durch und sausten den Abhang hinunter. Während Frau und Kind mit Hautabschürfungen davonkamen, erlitt Mähler selbst schwerere innere Verletzungen.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Das neue Stadtparlament tritt heute nachmittag 6 Uhr zum ersten Male zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Einführung der neugewählten Stadtverordneten, die Wahl des Vorstandes, Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl, die Wahl der Abteilungen sowie der unbesoldeten Magistratsmitglieder.

Naumburg. Milchpanscher haben es gut. Ein Schandurteil fällte der hiesige Amtsrichter gegen den Milchhändler Kurt Baumgärtner, Ecke Neuer Steinweg und Georgenmauer. Dieser Ehrenmann lieferte lange Zeit die Milch für das städtische Krankenhaus. Als die dort seit Auflösung der Kinderkrippe untergebrachten Kinder nicht nur nur nicht zunahmen, sondern sogar an Unterernährung starben, begann man die Milch zu untersuchen und stellte fest, daß ihr **40 Prozent Wasser zugesetzt** waren. Für dieses unglaubliche Verbrechen erhielt der Kerl weder Zuchthaus noch Gefängnis, sondern eine Geldstrafe von sage und schreibe 600 Mark. Bei so milder Bestrafung wird er wohl recht bald wieder Milch panschen. Arbeiter, die für ihr Recht eintreten, werden zu Hunderten und Tausenden in die Zuchthäuser geworfen. Menschen aber, die infolge ihrer gemeinen Profitsucht den Tod von Kindern auf dem Gewissen haben, kommen mit geringfügiger Geldstrafe davon. Was sagt Ihr dazu, Arbeiterfrauen?

Leißling. Die ersten Sitzungen der Gemeindevertretung, die sich aus vier Kommunisten, einem Sozialdemokraten, zwei „Neutralen", zwei „Unpolitischen" und drei Landwirten zusammensetzt, erledigten die Vorsteher- und Schöffenwahl. Hierbei konnte man das traurige Schauspiel erleben, daß trotz voraufgegangener Besprechung auch Arbeitervertreter einen bürgerlichen Gemeindevorsteher, den Kaufmann Reitwiesner mitwählten. Zu Schöffen wurden der Landwirt Reinhold Busch, Bauunternehmer Seyboth und zum Hilfsschöffen der Landwirt Busch bestimmt.

Langendorf. Aus der Partei. Freitag, den 6. Juni, abends 8 Uhr, bei Lorbeer Mitgliederversammlung.

Mansfeld-Sangerhausen

Eisleben. Ein neuer Versklavungsplan. Wie das „Eisleber Tageblatt" meldet, beabsichtigt der Jungdeutsche Orden die Herbeiführung eines Volksentscheides über die Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht für das 19. und 20. Lebensjahr. Das Tageblatt kündigt eine Reihe von Abhandlungen und Aufklärungen über dieses Problem an und versichert, daß „Stahlhelm", „Wehrwolf" und die Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Verbände ihre Unterstützung zugesagt hätten. Die Arbeiterschaft muß sich gegen diesen, von einer neuen Richtung herkommenden Angriff sofort zur Wehr setzen. Denn zweijährige Arbeitsdienstpflicht — das bedeutet zweijährige unentgeltliche Arbeit der jungen Proletarier und Proletarierinnen für die Kapitalisten, bedeutet vermehrte Qual und Not in den Arbeiterfamilien, bedeutet neuen unermeßlichen Profit der besitzenden Schichten. Das junge und alte Proletariat wird sich gegen diesen neuen Versklavungsstrick schon wehren.

Schraplau. Oeffentliche Erwerbslosenversammlung. Sonnabend, den 6. Juni, abends ½8 Uhr, findet in Schraplau im Lokal Müller eine öffentl. Distriktsversammlung der Erwerbslosen statt. Eingeladen sind hierdurch außerdem die Vertreter des Kreistages, die Gemeindevertreter, Betriebs- und Erwerbslosenräte.

Bitterfeld-Delitzsch

Der Arbeitsmarkt im Kreise Bitterfeld

Der öffentliche Arbeitsnachweis gibt u. a. bekannt:

Im Bergbau sind weitere Entlassungen erfolgt, es muß von einer Verschlechterung der Lage des Bergbaues berichtet werden. Günstig war dagegen die Arbeitsmarktlage in der chemischen Industrie, deren Bedarf insbesondere durch die im Bergbau Entlassenen gedeckt wurde. Der Bedarf im Baugewerbe beschränkte sich auf Maler, deren Beschaffung auch unter Zuhilfenahme auswärtiger Arbeitsnachweise nicht gedeckt werden konnte. Nicht mehr verlangt wurden Maurer und Zimmerer, Bauhilfsarbeiter wurden vereinzelt vermittelt. Für die Landwirtschaft konnten lediglich jüngere Knechte und Burschen vermittelt werden. Im Metallgewerbe werden vereinzelt Schlosser, Klempner und Schmiede eingestellt. Im Holzgewerbe wurden unter Inanspruchnahme auswärtiger Arbeitsnachweise Böttcher und Modelltischler vermittelt. — Verkehrsgewerbe: Die Bahnmeisterei Bitterfeld, Roitzsch und Sandersdorf stellten etwa 15 Bahnunterhaltungsarbeiter ein. Außerdem wurden eine größere Anzahl Aushilfsstellen besetzt. Die offenen Stellen für Maschinisten und Heizer auf Werk I und der Agfa-Filmfabrik wurden von hieraus besetzt. Nach der Agfa-Filmfabrik konnten etwa 65 ungelernte Arbeiterinnen vermittelt werden. In der Hauswirtschaft gleicht sich Angebot und Nachfrage aus. In der Stadt Bitterfeld werden zurzeit noch 51 männliche und 9 weibliche Erwerbslose, im übrigen Kreis 203 männliche und 25 weibliche Erwerbslose unterstützt. Insgesamt sind also noch 288 Unterstützungsempfänger im Kreis vorhanden.

Delitzsch. Stahlhelmrummel statt Hinterbliebenenhilfe. Die Ehrung der im Weltkrieg gefallenen Delitzscher war für die nationalistischen Organisationen wieder ein willkommener Anlaß zu einer monarchistischen Parade. Nach dem Gottesdienst zogen sie mit wehenden Fahnen unter den Klängen eines Militärmarsches durch die Stadt. Dieser Aufmarsch war von der Schupo und der blauen Polizei unter Führung ihres Kommissars begleitet. Der Zugführer, ein Zivilist, hatte einen richtigen Stahlhelm auf dem Kopfe. So ist es richtig. Die bedürftigen Hinterbliebenen **läßt man fast verhungern, aber zur** Ausschmückung von Kriegervereinsparaden hat man Geld überflüssig. Weiß denn übrigens die Delitzscher Polizeiverwaltung nicht, daß der Stahlhelm als Kopfbedeckung Heereseigentum ist und daß Umzüge mit wehenden Fahnen verboten sind? O, sie weiß es sehr wohl! Aber nur, wenn es sich um Arbeiter handelt. Als wir unseren ermordeten Genossen Krell zu Grabe trugen, da ist man sehr streng nach den eben angeführten Verfügungen vorgegangen, während man den Faszistenrummel wie bisher mit allen Mitteln unterstützt. Kein Wunder, daß die Faszisten nun von Tag zu Tag frecher werden. Die offene und heimliche Unterstützung durch die Polizeiinstanzen ermutigt sie ja geradezu zu ihren Niederträchtigkeiten. Während wir diese Zeilen schreiben, erhalten wir folgenden Bericht:

Delitzsch. Faszistische Mordbuben. Ein Arbeiter, welcher am 30. Mai von Delitzsch nach Schenkenberg gehen wollte, bemerkte, daß er von Nationalisten beobachtet und verfolgt werde und ging deshalb auf Umwegen hin. Auf dem Rückweg wurde er

von vier jungen Leuten überfallen und fürchterlich mißhandelt. „Deutsches Heldentum", einem Einzelnen abends aufzulauern und mit Stöcken und Dolchen ihn schwer zu verletzen. Aber die Delitzscher Arbeiterschaft muß nun endlich ihre Kräfte zusammenfassen, um diesem widerwärtigen Gesindel ein Ende zu machen. Wir wiederholen es immer wieder: Es ist nicht die Schwäche, sondern nur die Schlappheit der Proleten, wenn die Faszisten so ungestört ihr Wesen treiben können. Dieses erbärmliche Pack verdient kein Pardon. Mit denselben Mitteln und der Unbarmherzigkeit, mit denen die Hakenkreuzler gegen uns vorgehen, müssen sie von der Arbeiterschaft niedergeschlagen werden. **Wenn sie gegen das revolutionäre Proletariat Strafexpeditionen ausführen zu müssen glauben, dann werden wir sie an einen Ort hinexpedieren, von dem es kein Wiedersehen mehr gibt.**

„Die Kommune"

Soeben erschienen!

Zeitschrift für kommunistische Kommunalpolitik

Nummer 1. Preis 20 Pfennig

Aus dem Inhalt:

Der Haushaltsplan der Gemeinden. — Kommunale Bildungspolitik. — Fürsorgepflicht der Gemeinden. — Kommunale Unterstützung der Arbeiterkämpfe. — Das Reichs-Jugendwohlfahrtsgesetz u. a. m.

Jeder kommunistische Gemeindevertreter muß diese Zeitschrift lesen. Bestellungen sind sofort aufzugeben bei der

Bezirksbuchhandlung, Halle a. S.,
Lerchenfeldstraße 14.

Eilenburg. Mackensen auf Reisen. Wie uns berichtet wird, wird der frühere Geeralfeldmarschall August von Mackensen auf seiner Reise, die ihn augenblicklich aus einer Stadt Mitteldeutschlands in die andere führt, auch nach Eilenburg kommen. Seine Ankunft erfolgt voraussichtlich Donnerstag nachmittag gegen ½4 Uhr mit dem hallischen Schnellzug. Die Hotelkost der letzten Monate scheint dem Herrn sehr gut zu bekommen. Hoffentlich auch der Empfang, den ihn die Arbeiterschaft bereiten wird.

Wittenberg-Schweinitz

Wittenberg. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung findet am Freitag, dem 6. Juni, abends 8 Uhr, in Freudenbergs Lokal statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht vom Reichsparteitag; 2. Bericht vom Bezirksparteitag; 3. Parteiangelegenheiten. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Parteibuch **dient als Ausweis.**

Kemberg. Die Arbeiter-Samariter-Kolonne macht am 1. Pfingsttag einen Ausflug nach dem Eisenhammer. Sportler und Sänger beteiligen sich ebenfalls daran. Eltern, schickt Eure Kinder mit, weil für dieselben Fuhrwerk bestellt ist. Genosse Zimmermann nimmt Anmeldungen bis Sonnabend entgegen. Abmarsch vom Marktplatz, früh 5 Uhr. Abends Treffpunkt in Rotta bei den Arbeiter-Radfahrern.

Kemberg. Die Sozialdemokraten leisten den Bürgerlichen Helfersdienste. In der zweiten Stadtverordnetensitzung, in welcher der Beigeordnete und Magistratsmitglieder gewählt wurden, gingen selbstverständlich Sozialdemokraten und Bürgerliche Hand in Hand. Trotzdem die Kommunisten als zweitstärkste Partei Anspruch auf einen Magistratssitz hatten, wurden unter offener Rechtsbeugung zwei Bürgerliche und ein Sozialdemokrat gewählt. Ja, die Stiefelleckerei rentiert sich zuweilen, nicht wahr, Ihr Sozialdemokraten? Aber wartet, Abrechnung folgt!

Bergwitz. „Roberts Hoffnung" wirft 150 Arbeiter aufs Pflaster. Es wird uns gemeldet, daß die Zeche „Roberts Hoffnung" mehr als 150 Mann entlassen hat. Die Kapitalisten sagen „wegen Absatzmangel"! Sie haben ihr Schäfchen schon ins trockene gebracht, während die Arbeiter glatt verhungern können. Wehrt Euch, Proleten!

Torgau-Liebenwerda

Merzdorf. Der Stahlhelm-Flurschutz. Wie nunmehr feststeht, besteht der eingesetzte Flurschutz aus folgenden Stahlhelmleuten: Lehrer Schulz, Walter Schiffner, Zwiebelbauer, Oswin Barth, angeblich kaufmännischer Beamter, und dem ehemaligen Grubenarbeiter Oswin Stange. Unsere Genossen im Gemeindeparlament werden energisch gegen den Lehrer Schulz auftreten, denn es kann nicht gehen, daß er des Nachts als Flurschütze rumläuft und am Tage Unterricht gibt.

Arbeiter-Sport

Mitteldeutsches Naturfreunde-Treffen.

In den Tagen vom 7. bis 9. Juni (Pfingsten) treffen sich in Magdeburg die mitteldeutschen Naturfreunde zu einer Feier im Rahmen einer proletarischen Kulturtagung. Das Programm ist folgendes:

Sonnabend, den 7. Juni, abends 7½ Uhr, Begrüßung und Vorstellung im Städtischen „Wilhelmtheater" für die rechtzeitig in Magdeburg Eintreffenden. Zur Aufführung kommt Tollers „Hinkemann". Begrüßung der später Eingetroffenen im „Franke-Jugendheim".

Pfingstsonntag, den 8. Juni, im „Walhalla"-Theater, Apfelstraße 12, zwei grundsätzliche Referate zur Tagung. Es sprechen 8 Uhr: Genosse K. A. Wittfogel, Lüneburg, über „Das Proletariat und die Kultur der bürgerlichen Gesellschaft". 10½ Uhr: Genosse Dr. M. Hodann, Berlin, über „Proletariat und Erziehung". An beide Referate schließen sich Aussprachen darüber an. 12 Uhr: Vorführung des Filmwerkes „Polikuschka". 2½ Uhr: Proletarisches Volks- und Kinderfest im Fort 12 an der Salzquelle im Stadtpark unter Mitwirkung des Vereins der Kinderfreunde, Magdeburg, und verschiedener proletarischer Verbände und Ortsgruppen der einzelnen Gaue. 6 Uhr: Gemeinsamer Marsch der Teilnehmer durch die Stadt nach Halle „Land und Stadt". 8 Uhr: Proletarische Abendfeier in der Halle „Land und Stadt", Rezitationen, Gesang, Musik, Aufführung des Sprechwerkes „Arbeiter, Bauern, Soldaten" von J. R. Becher.

Pfingstmontag, den 9. Juni, im „Walhalla"-Theater zwei weitere Referate über spezielle Fragen proletarischer Kultur. Es sprechen 8 Uhr: Genossin Lu Märten, Berlin, über „Proletariat und Kunst". 10½ Uhr: Genosse Adolf Koch, Berlin, über „Proletariat und Körperkultur". 12 Uhr: Vorführung des Filmwerkes „Polikuschka". 2½ Uhr: Gemeinsame kurze Schlußveranstaltung. 7½ Uhr: Lichtbildervortrag im „Franke-Jugendheim" über den „Harz" für alle noch in Magdeburg anwesenden Genossen. Eine weitere Ergänzung ist die im „Städtischen Saal", Apfelstraße 9, befindliche Ausstellung: Das proletarische Buch und Bild. Die Ausstellung ist am Sonntag und Montag in der Zeit von 8 bis 6 Uhr geöffnet.

Zeitz. Donnerstag, den 29. Mai (Himmelfahrt) standen sich im Handballspiel die 1. Mannschaft Tbd. Zangenberg mit gleicher Mannschaft Fr. Turnerschaft Zeitz zur Bezirksausscheidung gegenüber. Im flotten Spiel gelang es Zeitz, Zangenberg mit 3 : 1 zu besiegen. Mithin wurde Zeitz Bezirksmeister. Am Sonnabend weilte die 1. Raffballmannschaft Fr. Turnerschaft Zeitz (Thür. Kreismeister) zum Spiel in Gera-Zwötzen. Dort hatte sich noch die 1. Mannschaft von Kaimberg b. G. eingefunden, so daß Zeitz 1. zwei Spiele austrug. Im 1. Spiel Zeitz 1. gegen Zwötzen 1. war das Resultat 12 : 5 für Zeitz. Im 2. Spiel Zeitz 1. gegen Kaimberg 1. 11 : 5 für Zeitz. Zeitz trat mit zwei Mann Ersatz an.

Sportklub „Adler" von 1895. Wir geben hierdurch bekannt, daß unsere Uebungsstunde auf dem Sandanger von jetzt an nicht mehr Dienstags, sondern Donnerstags von 6 Uhr an stattfindet. Die Uebungsstunde Sonntag früh bleibt bestehen. Gleichzeitig machen wir bekannt, daß Donnerstag, den 5. Juni, abends 8 Uhr, im CT.-Restaurant eine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfindet. Wegen der äußerst wichtigen Tagesordnung (u. a. Reichs-Arbeiter-Sporttag) ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, unbedingt zu erscheinen. Bei unentschuldigtem Fehlen kann Ausschluß erfolgen.

Um die deutsche Bundesmeisterschaft im Ringkampf (des AAB. Deutschlands) stehen sich in der Zwischenrunde am 1. Pfingstfeiertag, vormittags 11 Uhr, im „Goldenen Hirsch" gegenüber „Germania-Felsenfest", Meister des 5. Kreises, und Sportverein „Libertas", Berlin-Charlottenburg, Meister des 4. Kreises. Beide Vereine genießen in der Sportwelt einen guten Ruf und treten mit ihren stärksten Mannschaften an. Die Berliner melden folgende Mannschaft, von Bantam bis Schwergewicht: Georg Schmidt, Heinrich Schmidt, Karl Maron, Oswald Rier, Richard Ruddis, Fritz Wegner. Germania-Felsenfest stellt demgegenüber: Willy Becker, Emil Kleine, Walter Meye, Paul Sachse, Kurt Pfeiffer und Otto Reitzel.

ASC. Halle. Dem Sportverein Teicha zur Kenntnis, daß das vereinbarte Spiel am 1. Feiertag Umstände halber ausfallen muß. Donnerstag, den 5. Juni, Mitgliederversammlung im Vereinslokal „Grüne Tanne".

HFC. Minerva. Spielresultate vom Sonntag: 1. gegen Sportlust 1. mit 2 : 1; 2. gegen Roitzsch 1. mit 2 : 3; gegen Roitzsch 2. mit 1 : 0; Jugend gegen Nietleben Jugend mit 4 : 0. Heute, Mittwoch, Spielausschußsitzung bei Stutzer wegen Aufstellung der Mannschaften zum 2. Pfingstfeiertag. Donnerstag abend trifft sich 1. und 2. Jugend auf dem Platze. 2. Jugend spielt Pfingsten gegen Eilenburg. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß zu unserem Pfingstausflug am 1. Feiertag Anhänger des Vereins teilnehmen können. Abmarsch früh 7 Uhr von Stutzer nach der Elsteraue (Mandolinenmusik).

2. Kreis, 6. Bezirk, 3. und 4. Gruppe. Am 16. und 17. August findet in Wansleben ein Gruppenfest der dritten Gruppe statt. Zur Erledigung der Vorarbeiten findet Sonnabend, den 7. Juni, abends 7 Uhr, in Wansleben (Seebad) eine Kinderturnwart- und Vorturnerstunde statt. Erscheinen aller Vereine ist Pflicht, da sehr wichtige Fragen zu regeln sind.

Fichte-Ammendorf (Handball). Die Ammendorfer zweite Mannschaft erwartet am Donnerstagabend 7½ Uhr (Sportplatz Osendorf) die erste Jugendmannschaft der hallischen Fichte. Die hallische Jugendmannschaft ist eine der besten im hiesigen Bezirk. Am 1. Pfigstfeiertag weilen Schönebeck 1. Mannschaft und 1. Jugendmannschaft in Ammendorf. Die Spiele beginnen nachmittags 2 Uhr.

Eintracht-Gröbers. Mit dem Spiel Fichte-Halle 1. gegen Eintracht-Gröbers 1. 0 : 2 begann das angesetzte Programm des diesjährigen Stiftungsfestes. Spielverlauf: Fichte-Halle hielt sich recht tapfer und konnte auch das Spiel durchweg offen halten. Gröbers 1., fast die erste Halbzeit mit zehn Mann spielend, konnte auf eine schön verwandelte Flanke das Führungstor erzielen. Das zweite Tor fiel Mitte der zweiten Halbzeit aus einem wunderbar eingeköpftem Eckball. Einen recht bitteren Kampf lieferten sich anschließend Fichte-Radewell 1. gegen Sportverein Wörmlitz 1. Die erste Viertelstunde ist Radewell durch schönes flaches Spiel die angreifende Partei, bis sich schließlich Wörmlitz zurecht findet und das Spiel offen gestaltet. Mit 0 : 0 werden die Seiten gewechselt. Die letzten zwanzig Minuten zieht Wörmlitz tüchtig los und kann durch ein unglückliches Selbsttor die Führung erzielen. Hierdurch entmutigt, läßt Radewell sichtlich nach und Wörmlitz kann noch zwei Tore erzielen. Am Nachmittag standen sich Fichte-Halle 2. gegen Gröbers 2. gegenüber. Durch acht Mann aus der ersten Mannschaft verstärkt, gewinnt Fichte mit 4 : 2 (2 : 2). Nach diesem Spiel stellten sich die beiden Sieger Wörmlitz 1. gegen Gröbers 1. dem Schiedsrichter (Schuster, Kröllwitz). Beide Mannschaften lieferten sich die erste Halbzeit ein flottes und interessantes Spiel. Nach der Pause drückt Gröbers zusehends, und Wörmlitz kann, mit einer zeitweise vielbeinigen Verteidigung, einen jeden, den Spielverlauf nach wohlverdienten Erfolg für Gröbers verhindern. Mit 0 : 0 trennte der einwandfreie Schiedsrichter beide Parteien. Spiele für Pfingsten: Hertha-Berlin 1. gegen Eintracht-Gröbers 1. stehen sich am 2. Pfingstfeiertag, nachmittags ½4 Uhr, im Gesellschaftsspiel in Gröbers gegenüber. Von 2 Uhr an treffen sich Berlin 2. gegen Gröbers 2. Am 3. Feiertag empfängt Gröbers 1. die erste Mannschaft von Eintracht-Magdeburg. Die Magdeburger erzielten in letzter Zeit sehr gute Resultate und konnten erst kürzlich den sehr guten BC. Stettin mit 3 : 0 schlagen. Eintracht-Gröbers muß sich schon tüchtig strecken, um unseren Bezirk würdig zu vertreten. Anstoß am 3. Feiertag, 5 Uhr nachmittags.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Gau 9, Provinz Brandenburg. Bundesgenossen! Auf zur Pfingst-Wanderfahrt, Gausaalfest nach Spremberg. Erster Sammelstart für Genossen über Berlin Freitag, abends 5½ Uhr, am Bahnhof Tempelhof. Desgleichen Sonnabend, abends 5½ Uhr, in Baruth, Sonnabend früh 6 Uhr bei Junker, desgleichen Sonnabend, abends 6 Uhr, in Luckau bei Hain, Sonntag früh 6 Uhr dann über Kalau, Drebkau nach Spremberg. Für Uebernachtung ist in Baruth, Luckau und Spremberg gesorgt. Also, rote Kavallerie, Pfingsten nach Spremberg!

Friedrich Arnold
HALLE A.S.
Gr. Ulrichstr. 10
NUR Mars la TOUR
Teppiche u.s.w.
Tapeten-Linoleum
Läufer-Wachstuch
Decken aller Art
Kokosläufer u. Matten
Felle-Möbelstoffe
Besichtigung ohne Kaufzwang

Zeitungsträgerin für Torgau gesucht. Meldungen bei G. Plützner, Spitalstraße 6

Extra-Angebot
Erdbeersekt ¹/₁ Flasche 1,75
Apfelsekt ¹/₁ Fl. 1,25 m. Steuer. Gl. 20 ₰ extra zuckergei
Ferner biete an in Ia. Qualität: Frankfurt. r. Apfelwein, Heidelbeerwein, Waldmeister-Bowle, Kalte Ente, Moselweine, Rheinweine, Rotweine, Spirituosen u. Liköre zu den billigst. Preis
A. D. André
Wörmlitzer Straße 12
Telephon 1193

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhdlg.

Damentaschen
nur best. Material und Verarbeitung sehr preiswert bei
Friedrich Pietsch
Sattlermeister
Steinweg 32

Die gute 6-Pf.-Zigarre bekommt man bei
592
Hugo Thomas
Zigarrenfabrik, Merseburg, Oelgrube 5

A. T. 14. 21.
Trauring-Ecke.
Mit meinem Werkstempel T 333, 585, 750 oder 900 gestempelte
massiv goldene Verlobungsringe
in denkbar größter Auswahl das Stück von 4-40 Goldmark
Juwelier Tittel
Trauring-Ecke 1883

Zeitungsträger(in) für Teuditz-Tollwitz zum 1. Juni gesucht. Zu melden bei Max Matthes, Teuditz.

Fahrräder, Nähmaschinen
große Auswahl Sämtliche Ersatzteile. Reparaturen schnell u. billig 1877
K. Bley
Landsberger Straße 60, pt. r.

Die Hauswacht GmbH., Weißestr. 4, Halle (Saale), in Delitzsch, Eisleben, Wörmlitz, Schlettau, Merseburg, Schkopau, Reideburg, Halle, Cröllwitz, Trotha, Ammendorf, Döllnitz, Landsberg, Dölau, Nietleben, Holleben, Beuchlitz, Schkeuditz, Passendorf usw. usw. im Wachdienst gibt bekannt, daß deren Angestellte als Wachbeamte im Dienste sich nicht politisch betätigen dürfen — Arbeiter, die Wächter im Dienste antreffen, die gegen unsere Vorschrift handeln, bitten wir, uns dies schriftlich oder mündlich mitzuteilen, und werden wir solchem Uebelstand durch fristlose Entlassung abhelfen. Unsere Leute sind Wächter der Hauswacht, die Hauswacht bewacht Grundstücke, nicht aber bestimmte politische Richtungen
1878 Die Direktion.

Auf Kredit
Bettbezüge
Bettücher
Barchenthemden
Einsatzhemden
Handtücher
Schürzen 1879
bei
Paul Schauder
Bechershof 6 (am Markt)

Freitag mitt. jung. schwarz. Hund (Hündin), o. Ha sb., gelbe Pfoten, Stummelschwanz von Weingärten, Glauchaerst., Böllbergerweg entlaufen Gegen h. Belohnung abzugeben Gr. Steinstr. 69 II l.

Nur eine Anzeige im gelesensten Organ der werktätigen Bevölkerung und Sie sind unser ständiger Inserent

Hausfrauen! kauft nur bei unseren Inserenten

596
Prima Speisekartoffeln
à Zentner 3,50 Mk.
bei größeren Posten billiger
Hartung, Merseburg
Wagnerstr. 8 Tel. 459

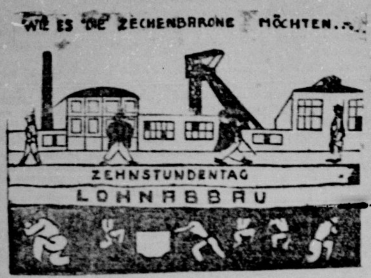
Bekanntmachung

Die engen Raumverhältnisse im Stadtverordneten-Sitzungssaale bedingen die Zulassung einer bestimmten Anzahl von Zuhörern. Eintritt kann in Zukunft nur gegen Abgabe einer Karte erfolgen. Ausgabe derselben erfolgt bis zur festgesetzten Höchstzahl an jedermann persönlich jedesmal ½ Stunde vor Beginn der Sitzung im Bureau der Stadtverordneten-Versammlung, Rathaus, Zimmer 5. Vorausbestellungen nicht zulässig.

Eisleben, den 3. Juni 1924
Der Stadtverordneten-Vorsteher
Mehlis
136

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240604-12/fragment/page=0007
DFG

Aus den Betrieben und Werkstätten



Aus dem Lausitzer Bergbaugebiet

Bereits im Dezember vorigen Jahres hatten die Grubengewaltigen der Lausitz den hiesigen Braunkohlenbergarbeitern unter Bruch des Manteltarifes den Achtstundentag geraubt. Anstelle des Dreischichtensystems wurde das Zweischichtensystem eingeführt. Die langen Entbehrungen in der Inflationsperiode, sowie die verlorengegangenen Kämpfe im August und Oktober hatten die Kumpels mürbe gemacht. Die Grubenbarone hatten daher ein ziemlich leichtes Spiel, um ihre Ziele durchzudrücken. Dazu kam, daß sämtliche kommunistischen Funktionäre, die starken Einfluß in den Gewerkschaften und den Betrieben hatten, in Schutzhaft gesteckt wurden. Anschließend wurde vom Unternehmertum in allen Betrieben der Versuch unternommen, die Stahlhelmorganisationen aufzubauen.

Die Lebenslage der Lausitzer Bergarbeiter ist die denkbar schlechteste bis zu den heutigen Tagen. Ende des Jahres 1923, in der Zeit der schlimmsten Inflation, wurden die Belegschaften auf Drängen der Betriebsräte von den Werksleitungen mit Kartoffeln usw. beliefert. Diese Abzüge hat man nach der Stabilisierung der Mark rücksichtslos von den Bergarbeitern eingetrieben. Der Schichtlohn beträgt heute durchschnittlich vier Mark. Es kommen aber sehr häufig Fälle vor, daß nach Abzug der früher gelieferten Lebensmittel, die Kumpels mit Beträgen von 9 bis 14 Mark nachhause gehen. Dies alles hat natürlich eine namenlose Erbitterung ausgelöst und zur Aktivisierung der Bergarbeiterbewegung beigetragen. Hinzu kommt, daß eine ganze Anzahl von Werksdirektionen zu ihren Arbeitern erklärten, daß der Achtstundentag im Prinzip nach wie vor bestehe, daß sie also bei Urlaubserteilung nicht den Urlaubstag mit 10 Stunden, sondern nur mit acht Stunden anrechnen können. Um diese so geknechteten Bergarbeiter auch für die Zukunft weiterhin ausbeuten zu können, hat es sich der Niederlausitzer Bergbauverein angelegen sein lassen, die Werksdirektionen besonders anzuweisen, alle im Oktober und August gemaßregelten Kollegen aus den Werkswohnungen herauszusetzen. Sie erhoffen dadurch eine weitere Infizierung der Kumpels durch die Bolschewistenseuche zu unterbinden.

Die Wohnungsverhältnisse sind meistens sehr schlecht. Tausende hausen in notdürftig zurechtgestutzten Ledigenheimen, die oft verwanzt und von anderem Ungeziefer wimmeln. Es liegt klar auf der Hand, daß die Unternehmer hoffen, durch ein derartiges System, bzw. durch eine derartige Lebensweise, eine besonders hart depressionierte Arbeiterschaft zu schaffen.

Ein besonders raffiniert aufgebautes Antreibersystem besteht in allen Betrieben, um aus den Knochen der Proletarier herauszuschinden, was herauszuschinden ist. Man hat nach Einführung des Zweischichtensystems fast nirgends Beamte entlassen, vielmehr wurden diese Unteroffiziere des Kapitals auf die einzelnen Kolonnen verteilt. Die Kumpels haben hier folgendes Wort geprägt: „Zwei Mann, vier Aufseher!“ Bei ihrer Ausbeutungssucht denken die Schlotbarone gar nicht daran, die bergpolizeilichen Verordnungen zu beachten. Schwere und gefährliche Lasten werden ohne vorgeschriebene Sicherungen getragen. Die Förder- und Transportgeleise befinden sich vielfach in einem geradezu schauderhaften Zustande. Sämtliche Zechensäle und Frühstücksbuden befinden sich in einem erbarmungswürdigen Zustande. Dielung ist fast nirgends vorhanden, Tische und Bänke fehlen zum großen Teil oder befinden sich in einem miserablen Zustande. Die Einfahrten in die Tagebauten spotten jeder Beschreibung. Bei der Glätte im Winter muß man geradezu ein Kletterkünstler sein, um an die Arbeitsstätte gelangen zu können. Im allgemeinen haben sich durch diese Verhältnisse die Unglücksfälle ungeheuer erhöht. Der Kumpel des Lausitzer Bergbaugebiets wird angesichts der Bergbaukämpfe in Oberschlesien und an der Ruhr mit einspringen müssen, er muß gemeinsam mit den andern kämpfenden Proletariern die Schlacht schlagen. Er muß erkennen, daß eine Erlösung aus diesem Zustande nur möglich ist, wenn er den Kampf organisiert und ihn gemeinsam mit den andern Bergarbeitern durchführt.

W. O., Betriebszellenobmann auf Grube ...

Die Arbeitsqual eines Kokereiarbeiters

Zu einer wirklichen proletarischen Zeitung wird die Redaktion vor allem von den Arbeitern in den Betrieben gemacht. Die Verbindung zwischen der Zeitung und den Arbeitern in den Betrieben ist eine so innige, daß die Arbeiter die Zeitung als ihre Zeitung betrachten und der Redaktion durch Berichte aus den Betrieben, Arbeiterbriefe, Arbeitergedichte, satyrische Zeichnungen usw. das hauptsächlichste Material liefern. Das „Ruhr-Echo“ bringt außer den täglichen Berichten aus den Betrieben wöchentlich noch eine Seite „Was der Ruhrkumpel sagt“. Kürzlich erschien im „Essener Anzeiger“ ein Aufsatz von einem „alten Bergarbeiter“ (in Wirklichkeit war er von einem Schmock in der Redaktion geschrieben), der sich gegen den Bergarbeiterstreik wandte. In vorbildlicher Weise antwortete darauf ein Arbeiter folgendes:

„An unsere Redaktion: „Was der Ruhrkumpel sagt“.

Heute, Sonntag morgen, mein „Ruhr-Echo“ studierend, bleibe ich bei unserm Blatt „Was der Ruhrkumpel sagt“ hängen. Nachdem ich alle Sachen von den Kumpels so gelesen und mein Ehrgeiz durch die Redaktion eine kleine Aufmunterung erfahren, will ich auch mal versuchen, einige Zeilen auf die Beine zu bringen. Will meine Zeilen mit den beiden Artikeln „Wie ein alter Bergarbeiter im „Essener Anzeiger“ schwindelt“ und „Schluß mit dieser Front“ verbinden und meinem Aufsatz die Ueberschrift geben:

Was ein Kokereiarbeiter dem „alten Bergarbeiter“ (sage Redakteur des „Essener Anzeiger“) empfiehlt:

1. Eine Sonntagsschicht als Koksläder. Was muß Du leisten von 2 Uhr mittags bis Montag früh 8 Uhr? 16 Stunden, zehn Brand Koks, der Brand zu sechs Tonnen gerechnet, per Schubkarre geladen und in die bereitstehenden Waggons gefahren. Also rund 60 Tonnen Koks, 16 Stunden ohne jegliche festgelegte Pause, am Sonntag, Verdienst etwa 11 Mark.

2. Eine Sonntagsschicht als Brenner: Leistung 16 Stunden, 40 Brände werden gedrückt; zwei Brenner sind da, also zwanzig Brand abzulöschen und per Haken auseinanderzureißen. Hast Du schon einmal einen glühenden Koksbrand gesehen? Ohne jegliche festgesetzte Pause! Verdienst etwa 10 Mark.

3. Eine Sonntagsschicht an all den „lieben Posten“ wie Kabelmann, Füller, Absteller, Schlepper, den direkten Gasen, Schwaden, Hitze bei schwerster Arbeit und jeder Witterung ausgesetzt.

4. Jetzt eine 12stündige Schicht als Düsenwärter, Salzkocher (Ammoniakfabrik) oder Kondensationsmaschinist. Das sind die durchgehenden Betriebe einer Kokerei. Hier erhältst Du für 12stündige Arbeitszeit am Sonntag das Trinkgeld von 4,50 Mark und 50 Prozent, gleich 6,75 Mark, am Werktag 4,50 Mark.

Mein lieber „alter Bergarbeiter“, wenn Du dieses Angeführte alles durchkostest, wirst Du erst verstehen, wenn heute sich die gesamte Ruhrbergarbeiterschaft, ob Rheinländer, Ostpreuße, Sachse, Pole, zusammenschließt um das Banner des Sowjetsterns und erkannt hat, daß die Kommunistische Partei uns Führerin sein wird in dem Kampfe, der uns befreien soll von dem uns bis zum Weißbluten ausbeutenden Kapitalismus und seinem Geschmeiß.

Ein Kokereiarbeiter vom Schacht Carl, Altenessen.“

•

Dieser Kokereiarbeiter hat den Sinn und das Wesen der Arbeiterzeitung, seiner Zeitung, begriffen. Der „Klassenkampf“

Organisiert die Betriebszellen

Die Kommunistische Partei hat bei der Reichstagswahl einen riesigen Erfolg errungen, ein Zeichen dafür, daß das Vertrauen großer breiter Arbeitermassen zur Kommunistischen Partei im steten Anwachsen begriffen ist. Ein Blick auf die großen Unterschiede der Wahlresultate in den verschiedenen Gebieten, ja in den verschiedenen Orten derselben Gebiete, beweist, daß es darauf ankommt, mit welcher Energie und mit welchen Mitteln die Kommunistische Partei den Wahlkampf und auch ihre anderen Kämpfe führt. Da hat es sich gezeigt, daß in den Orten und den Gebieten, wo die Partei in den Betrieben wurzelt, wo sie ihre Betriebszellen hat, die größten Wahlerfolge errungen hat.

Der Frankfurter Parteitag hat die Aufgabe der Kommunistischen Partei klar gezeigt, die Partei hat nur eine Aufgabe: **Die Organisierung und Vorbereitung der Revolution.**

Sie muß nun Mittel und Wege suchen, dieses Ziel so schnell als möglich zu erreichen. Alle politischen und organisatorischen Wege und Mittel müssen auf dieses eine Ziel eingestellt werden. Als Vorbedingung zur Organisierung der Revolution muß die Partei fe[illegible] Betrieben wurzeln, sie muß sich organisatorisch in den Betrieben verankern.

Ueberall toben Wirtschaftskämpfe. Teils wehrt sich die Arbeiterschaft gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, teils geht sie zum Angriff für die Rückeroberung des Achtstundentages über. Diese Kämpfe müssen zur verstärkten Mobilisierung, zur Gewinnung der Arbeitermassen für die proletarische Revolution ausgenützt werden. Jedes einzelne Parteimitglied muß das Doppelte und Dreifache aus sich herausholen, als sonst in den Wochen der angestrengtesten Tätigkeit. Wir können den Millionen der bürgerlichen Parteien, dem Korruptionsfonds der VSPD. und den Deutschvölkischen nur unsere Arbeitskraft entgegensetzen. Zur Schaffung der Betriebszellen muß unsere Arbeitskraft zielbewußt organisiert und vorbereitet in allen Betrieben eingesetzt werden.

Wir müssen neue Mitglieder für die Kommunistische Partei, für die einzige Partei des Proletariats, gewinnen. Wir müssen Hunderttausende neue Leser für die Parteipresse gewinnen, mindestens zehntausend für unseren „Klassenkampf“. Wir müssen Betriebszellen schaffen. Von der alten Wohnorganisation müssen wir, wenn wir unsere Aufgabe, die **Organisierung der Revolution**, durchführen wollen, zur Betriebszellenorganisation, zur Verankerung in den Betrieben übergehen. Wir müssen die Betriebszellen zur lebendigen und schlagkräftigen Organisation der Partei im Betrieb machen. Die Betriebszellen müssen durch eine gesteigerte, zehnfach gesteigerte Arbeit, neue Mitglieder gewinnen, neue Leser der kommunistischen Presse werben. Sie müssen mit diesen Aufgaben und mit der Mobilisierung zum Arbeiterkongreß und zur revolutionären Solidarität mit den kämpfenden Bergarbeitern praktisch lernen, wirkliches Organ der Massenmobilisation zu werden.

Die Umstellung der Partei auf die Betriebszellen erfolgt angesichts des neuen Frontalangriffs der Ausbeuterklasse gegen die Kommunistische Partei, die ihr durch ihre revolutionäre Arbeit gefährlich wird. Die Verankerung der Partei in den Betrieben ist daher die Vorbereitung, jedes Parteiverbot illusorisch zu machen. Mit gut arbeitenden, schlagkräftigen Betriebszellen werden wir alle Streiche der Klassenfeinde mit Hohnlachen abwehren können. Wir werden dann auch in der Illegalität erst recht **der Motor der proletarischen Revolution**, die Partei der kämpfenden Massen, sein.

hat einen besonderen Teil „Aus Werkstätten und Betrieben“ eingerichtet. Genosse! Dieser Teil ist ausschließlich Dein Teil, den mußt Du schreiben. Schreibe aus Deinem Leben aus Deinem Betrieb, was Du im Betrieb erlebst. Nur dadurch, daß Du Deine Erfahrungen in Deinem Betrieb Deinen Arbeitsbrüdern in anderen Betrieben durch Deine Zeitung mitteilst, wird eine enge Verbindung der gesamten Arbeiterschaft geschaffen, nur durch Deine Zeitung erfährst Du, wie es in anderen Betrieben aussieht. Deshalb heran an die Arbeit, wie es der Kokereiarbeiter vom Schacht Carl in Altenessen getan hat. Immer mutig zur Feder gegriffen, wenn es auch nicht so glatt geht. Dein Genosse in der Redaktion hilft Dir.

Aufbau der Betriebszelle der Schachtanlage Westfalen

Ein Betriebszellenobmann schreibt uns:

Die Richtlinien der Exekutive der Komintern schreiben vor, daß sich die Partei auf Betriebszellen umstellen muß, um ihre geschichtliche Aufgabe zu erfüllen. Unsere Ortsgruppe führte den Beschluß durch, indem sie den organisatorischen Aufbau der Betriebszelle vornahm.

Es wurden Fragebogen herausgegeben, um festzustellen, wieviel Genossen auf unserer Schachtanlage arbeiten. Auf dem Fragebogen war vorgezeichnet: Name, Wohnung, wo organisiert, in welchem Betrieb, welchem Revier, ob Leser der kommunistischen Zeitung. Um nun auch die auswärts wohnenden Genossen zu erfassen, wurden Fragebogen dem kommunistischen Betriebsrat übergeben. An der schwarzen Tafel veröffentlichten wir einen Anschlag, der besagte, daß sich sämtliche Mitglieder der KPD. auf dem Betriebsratszimmer zu melden haben. Es stellte sich heraus, daß auf unserer Schachtanlage eine größere Anzahl Genossen, die auswärts wohnten, beschäftigt waren. Es wurde für jede Schicht ein Schichtobmann, ein Berichterstatter und für jedes Revier ein Revierobmann gewählt. Die Reviere setzten sich aus mehreren Streben zusammen. Für diese Streben wurden wieder Strebenobmänner bestimmt. Diese müssen in den Streben die Propaganda und Agitation betreiben, sowie alle wichtigen Vorkommnisse in der Strebe dem Revierobmann melden, der die Mitteilung dem Schichtobmann übergibt, von da aus wird sie weiter gegeben zum Betriebszellenobmann. Alle wichtigen Vorkommnisse werden in der Betriebszellenversammlung besprochen.

Während der Wahlbewegung haben wir den größten Teil der Propagandamittel, vor allem die Plakate, selbst angefertigt. Es wurden Genossen, die Nachtschicht hatten, beauftragt, diese selbstgemalten Plakate beim Schichtwechsel in der Kaue und an der Anschlagtafel aufzuhängen. Unten in der Grube hatten die Genossen, die Nachtschicht hatten, Plakate geklebt. Durch die Propaganda, die gemacht wurde, bekamen wir die Belegschaft unter unsern Einfluß. Der intensiven Arbeit der Betriebszelle war es zu verdanke[illegible] am 1. Mai die 3000 Mann starke Belegschaft die Arbeitsruhe vollständig durchführte und eine gewaltige Demonstration zustande kam.

Neunstundentag im Leunawerk

Ein Leunaarbeiter schreibt uns:

Seit Montag, den 2. Juni, ist auch den Leunarbeitern der Achtstundentag geraubt, und zwar auf ganz ausgekochte Weise. Als am Mittwoch wie ein Blitz aus heiterem Himmel der Raub des Achtstundentages bekannt wurde, standen die Kollegen vor der Frage? Was nun? Jetzt wurde es auf einmal klar, welcher ungeheure Fehler dadurch begangen worden war, daß, als es galt, gemeinsam mit den Ludwigshafener Kollegen den Raub des Achtstundentages abzuwehren, wir nicht in den Abwehrkampf eingetreten waren.

Sofort bemächtigte sich der Kollegen der Gedanke, diesen Raub geschlossen abzuwehren, was auch ganz bestimmt eingetreten wäre, wenn sich nicht die Anhänger der Kaisersozialisten im Verein mit den reformistischen Gewerkschaftern jammervoll dem Unternehmerdiktat fügten. Diese verseuchte Sippschaft kann ja auch gar nicht anders, weil sie in jeder Beziehung ihre schmutzigen Pfoten mit im Spiele haben, wenn es gilt, den Arbeitern ein Stück Recht nach dem andern zu rauben.

Heute haben sie im Betriebe und sonstwo die große Klappe und verlangen von den Kommunisten oder Betriebsrat das zu halten, was sie im Februar längst verschachert hatten. Eine elende Heuchelei.

Auch der Betriebsrat hat seine Pflicht voll und ganz getan. Wie wir hören, ist ihm sogar ein Aushang, der zur Information der Belegschaft bestimmt war, von der Direktion verweigert worden. Auch dieses besagt viel.

Es soll sich aber niemand einbilden, daß jetzt alles ruhig und gut ist, weil momentan diese Gewaltat bis zu einem gewissen Grade geduldig hingenommen wurde.

Alle Kollegen sagen, die Zeit wird kommen, wo der Höhepunkt erreicht ist, wo die Belegschaft erkennen wird, daß sie sich aufraffen muß und die Knechtschaft abschütteln, die bis zum Unerträglichen gestiegen ist.

Dann sollen sich aber auch diese Halunken aus dem Staube machen, die jetzt glauben, die Arbeiterschaft in ihrem schweren Kampfe hemmen zu müssen, ihnen bei jeder Gelegenheit in die Arme fallen und so die kämpfende Arbeiterschaft auf das Gemeinste verraten.

Drum, Leunaarbeiter! Erkenne Deine Pflicht, raff Dich auf und bereite Dich vor zu neuen Kämpfen, die auf dem Leunawerk unausbleiblich sind.

Feierschichten auf Grube „Roberts Hoffnung“

Auf unserer Grube wird jetzt nur noch drei Tage in der Woche gearbeitet. Verschiedene Kollegen sollten auch schon sechs Tage hintereinander aussetzen. Das sind nette Zustände. Die Direktion denkt, daß wir Bergarbeiter eine ganze Woche lang hungern können. Damals, als die zehn- respektiv zwölfstündige Schicht eingeführt wurde, verkündete uns unsere so fürsorgliche Direktion mit schwulstigen Redensarten: Wenn Ihr zehn Stunden arbeitet, dann habt Ihr Arbeit genug, dann gehen die Kohlenpreise herunter und alles wird billiger.

Wir Kommunisten warnten damals die Belegschaft vor den Folgen. Jetzt sind sie eingetreten. Alles, was wir den Arbeitern vorausgesagt haben, müssen sie jetzt durchkosten. Zwölf Stunden Schicht, Feierschichten, Entlassungen, gleichbleibender Lohn bei ansteigenden Lebensmittelpreisen.

Unsere Kollegen an der Ruhr kämpfen um ihre Existenz, doch die mitteldeutschen Bergarbeiter rühren sich nicht, laßt die Kameraden an der Ruhr nicht verbluten, macht ihre Forderungen zu den Euren, kämpft mit ihnen, dann werden auch in unserer Grube wieder die Verhältnisse und Arbeitsbedingungen eintreten, die wir nach der Revolution gehabt hatten.

„Der Kumpel“

Die Betriebszelle der Mansfeld A.-G. gibt regelmäßig eine Betriebszeitung heraus, betitelt: „Der Kumpel“. Anfangs erschien sie handschriftlich, vervielfältigt auf einer Hektographenplatte. Später wurde sie gedruckt. Zum größten Entsetzen der Direktion war das Papier für die Zeitung den Beständen der Mansfeld A.-G. entnommen. Noch länger aber wurden die Gesichter, als sich herausstellte, daß die Hüter des Magazins waschechte Mitglieder des Stahlhelm- und Jungdobundes waren. Gleichzeitig bezichteten sich diese Gesellen gegenseitig der Unterstützung der Redaktion des „Kumpel“ durch Lieferung von Papier. Der Endeffekt war der Hinauswurf einiger Magazinangestellter, die die Frage zu einer Ehrenfrage im Stahlhelmbund machten und durch eine erregte Auseinandersetzung die Spaltung der faszistischen Organisation herbeiführten. Bis heute ist noch nicht festgestellt, wer die tatkräftige Stütze der Redaktion des „Kumpel“ war. Unsere Betriebszeitung erlangt aber zum größten Aerger der Direktion einen immer größeren Abnehmerkreis.

Genosse!

Deine Arbeitsbrüder wollen wissen, wie es in Deiner Bude aussieht. Sie wollen wissen, wie die Arbeitsverhältnisse sind. Sie wollen die Namen Deiner Ausbeuter und Peiniger erfahren. Also berichte an Deine Zeitung.

Genosse!

Hast Du schon an Deiner Zeitung mitgearbeitet? Hast Du schon Berichte über Betriebsangelegenheiten eingesandt?

Genosse!

Hat Dein Betrieb schon Delegierte zum Arbeiterkongreß gewählt?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240604-12/fragment/page=0008
DFG